

Neuflücke Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 77 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, den 4. April 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

- Der „Selbstmord“ des Abgeordneten Macum
- Kampfcade des Berliner Bischofs Seite 2
- Gericht über Reichskanzler Hitler Seite 3
- Die Mitgliedszahlen der Deutschen Arbeitsfront Seite 4
- Stalins Weg nach Genf Seite 7

Die Berliner Granate

Verwundung des SA-Gruppenführers Ernst Der Täter — ein monarchistischer Offizier

Berlin, 3. April. (Eig. Bericht.)

Der Polizeipräsident hat die Belohnung für die Aufklärung des Sprengstoffanschlags, der am 21. März um 18.45 Uhr an der Nordseite der Reichspromenade vor dem Hause Unter den Linden 78 erfolgte, von 5000 Mark auf 30.000 Mark erhöht. Diese Summe ist ganz außergewöhnlich. Selbst für die Aufklärung des Reichstagsbrandes waren nur 20.000 Mark angelegt worden. Um den Anschlag selbst legen die Behörden geheimnisvolles Dunkel. Nach den Methoden der Göbbelschen Propaganda und dem Ton der Kanzlerrede hätte man erwarten sollen, daß die öffentliche Meinung dahin beeinflusst worden wäre, daß ein schändliches Attentat der Nazis vorliege. Dagegen verlautet nichts; ja es herrscht in der Presse offensichtlich belobenes Schweigen.

Das Auffällige ist, daß es sich bei dem Sprengstoffkörper um eine ganz moderne Stielhandgranate handelt, wie sie noch jetzt bei der Reichswehr und der Polizei in Gebrauch sind. Die eifrig arbeitende Sonderkommission des Polizeipräsidenten richtet daher ihre Untersuchung vorwiegend auf politische Kreise, insbesondere auf ehemalige oder noch aktive Offiziere. Die Behörde verschweigt, was das Rätsel noch geheimnisvoller macht, bis zur Stunde den Namen des Fahrgastes, der verletzt worden ist, meint aber begünstigt: „Insbesondere hat der Anschlag offensichtlich nicht dem Fahrgast der durch die Explosion geschädigten Autobroschüre gegolten.“ Offensichtlich war die Handgranate aber durchaus bestimmt für den Herrn Gruppenführer von Berlin-Brandenburg, den P. G. Ernst, denn er ist, wie alle Welt in Berlin behauptet und glaubt, der geheimnisvolle Fahrgast gewesen. Diese Tatsache gibt dem Attentat auch eine politische Erklärung und eine hochpolitische Bedeutung. Man erinnert sich, daß am 27. Januar eine Kaisergeburtstagsfeier monarchistischer Offiziere durch SA-Leute gestört worden ist, wobei es zu Schlägereien zwischen Offizieren und Braunen kam. Der Überfall auf die Offiziersversammlung ist nach der Meinung von Offizieren auf den direkten Befehl des Gruppenführers Ernst zurückzuführen. Das Aufstreuen und die in Vergangenheit und Gegenwart sehr umstrittene Verantwortlichkeit des Gruppenführers Ernst von Berlin-Brandenburg hat den Gegensatz zwischen den SA-Führern und dem Offizierskorps gerade in der Reichswehr so verschärft, daß die Verlegung des Gruppenführers Ernst erfolgen soll. Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, hat diese Spannung zum Anlaß genommen, um jüngst in einem kleinen Kreis von der Möglichkeit eines Rechtsputches zu sprechen und die dauernden Mahnungen von Heß und Göbbels an die alte Garde liegen auf derselben Linie.

P. G. Ernst, der als Gruppenführer etwa Generalsrang in der Braunen Armee eintritt, ist ein kennzeichnendes

Beispiel dafür, was die Entgleisungen und die Emporkömmlinge, zu denen auch der Reichskanzler gehört, dem Selbstbewußtsein, der Tradition und der Solidarität des Offizierskorps zumuten. Karl Ernst steht im dreißigsten Lebensjahr. Er hat von 1918 bis 1921 mit kümmerlichem Erfolg eine kaufmännische Lehre bestanden, dann aber in zahlreichen Berufen vagabundiert, ohne in einem auszuhalten oder irgend etwas an nur durchschnittlicher Leistungskraft zu zeigen. Er war Handlungsgehilfe, Sekretär, Hilfsportier, Heimerleiter, Verwalter usw. in rascher Folge. Erst als er sich im Jahre 1923, knapp 19 Jahre alt, der Demagogie und dem Landsturm Hitters zuwendete, hatte er gewisse Erfolge. Zwischendurch versuchte er es auch mit dem Studium, brachte es aber nur zu drei Semestern an der Hochschule für Politik in Berlin. Seit dem Jahr 1932 gehört er mit Heines und anderen gelichteten Existenzen dem Deutschen Reichstag an. Er avancierte zum Gruppenführer von Berlin-Brandenburg, wo er nicht zuletzt auch durch seine luxuriöse Lebensführung Anstoß erregte.

Wahrscheinlich hat sich der SA-monarchistische Offizier gegen Ernst als einen Typ dieser Sorte Führer des neuen Deutschland entladen.

Im Zusammenhang mit dem Attentat wird viel über die allgemeine Stimmung in der Reichswehr gesprochen. So wenig die über die militärischen Kräfteverhältnisse sehr nüchtern denkenden Reichswehroffiziere reiferen Alters auf einen baldigen Krieg hinarbeiten und daher die Verständigungspolitik Hitlers gegenüber dem Westen begreifen und billigen, so sehr sind sie Gegner des deutsch-polnischen Vertrages, den sie als unklar, nutzlos und unwürdig empfinden. Auch in der Bevölkerung der östlichen Gebiete Preußens, insbesondere in der Jugend, ist die Unzufriedenheit mit dem schwächlichen außenpolitischen Kurs des Reichskanzlers groß.

Undurchsichtig ist die Rolle des Kronprinzen, der sich zwar in SA-Uniform mit dem Hoheitsabzeichen der Partei fotografieren läßt, aber innerlich keineswegs zu dem System und seinen führenden Trägern gehört. Er arbeitet mit den konservativen Schichten zusammen, die geträgt auf das Bauerntum, auf den Mittelstand und Teile der Arbeiterschaft auf eine Monarchie als dem kleineren Übel hinkauern. Diese Gruppen haben wiederholt auch schon versucht, mit Vertretern der früheren freien Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Sozialdemokratie Fühlung zu bekommen. Auch Industrielle, Wirtschaftskreise und Finanzleute werden für diese Bewegung interessiert. Es ist das der Gedanke eines Volksoffiziers, das sich auf die Reichswehr, die Polizei, die Bürokratie und die drei Volksteile stützen will. Die illegale Arbeit gegen den Faschismus, unter grundsätzlicher Kompf für die deutsche sozialistische Revolution hat mit diesen monarchistischen Treibern natürlich nichts zu tun.

Die Gerüchte um Severing

„Het Volk“: Karl Severing hat keine Broschüre geschrieben und bleibt Sozialdemokrat

Vor etwa vierzehn Tagen wurde durch die in Paris erscheinende Korrespondenz „Inprek“ und bürgerliche Blätter die Mitteilung verbreitet, daß Karl Severing, der frühere sozialdemokratische Preussische Minister des Innern in einer Broschüre „Mein Weg zu Hitler“ ein Bekenntnis zu Hitler abgelegt habe. Unser holländisches Bruderblatt „Het Volk“ in Amsterdam bringt in seiner Ausgabe vom 28. März folgende Mitteilung:

„Unser Berliner Korrespondent teilt uns zu der Sensationsmeldung über Severing mit, daß Severing noch immer ein guter Sozialdemokrat ist und daß er nicht daran denkt, Rationalsozialist zu werden. Er hat keine Broschüre geschrieben und es ist ihm in der letzten Zeit sehr zweifelhaft geworden, ob es zu der Herausgabe seiner „Erinnerungen“ kommen wird, da diese Erinnerungen für das „dritte Reich“ viel weniger sensationell sein werden als der Verlag Ulstein erwartet hat.“

Zu dieser Äußerung des Berliner Korrespondenten des „Het Volk“ können wir noch einiges ergänzend hinzufügen, was eigene Nachforschungen inzwischen ergeben haben. Danach ist der Vertrag zwischen Severing und Ulstein bereits zu einer Zeit abgeschlossen worden, als Severing noch Minister war. Severing beabsichtigte damals Erinnerungen über seinen Werdegang zu schreiben, die bis zu der Zeit reichen sollten, in der er mit zentralen amtlichen

Funktionen beauftragt wurde. Das ist etwa das Jahr 1918. Eine Schilderung seiner Tätigkeit in den letzten Jahren war ebensowenig beabsichtigt wie eine Betrachtung über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Ein Manuskript der Severingschen Erinnerungen liegt bisher nicht vor.

Von Bedeutung ist auch, wie der Prager „Sozialdemokrat“ mitteilt, daß der Verlag Ulstein auf Anfrage erklärt hat, daß ein Buch Severings bei ihm nicht erschienen ist. Er könne nicht sagen, ob und wann es erscheinen werde. Die Meldung hatte behauptet, die Broschüre Severings sei bereits erschienen.

Inzwischen verbreitet auch das Deutsche Nachrichten-Büro „Auszüge“ aus der angeblichen Broschüre. Verdächtig sind die „Auszüge“ schon deshalb, weil immer nur dieselben zwei oder drei Sätze aus der angeblichen Broschüre wiederkehren. Wäre die Broschüre wirklich vorhanden, müßte sie doch eine etwas reichere Ausbeute liefern.

Wir werden an unserer Werbung festhalten, uns an der Diffamierung früher führender Antifaschisten immer nur dann zu beteiligen, wenn wirklich urkundliche Beweise vorliegen.

Die Korrespondenz „Inprek“ fragen wir öffentlich und verlangen öffentliche Antwort, auf welche Grundlagen hin sie die Behauptungen über Karl Severing in die Welt gesetzt hat.

Gestern und heute

Ein seltener Gedenktag ist, von vielen kaum bemerkt, vorbeigezogen. Es war der 1. April.

Manche feiern ihn noch als den Geburtstag des berühmtesten deutschen Staatsmannes, obwohl andere dieses Datum gern auf den 20. April verschieben möchten. Denn am 1. wurde nur Bismarck, am 20. dagegen Hitler geboren.

Sehr viele erinnern sich daran, daß an diesem 1. April in Deutschland der glorreiche Boykott gegen die Juden stattgefunden hat. Wenn die Opfer und die Henker längst dahingegangen sein werden, wird die Geschichte dieses schmachliche Datum noch festhalten. Als Warnung, wie ein großes Volk sich selbst beleidigte, indem es der Vergewaltigung einer verwehrt Minderheit durch eine bewaffnete Minderheit zusah. Denn es war eine Minderheit, der Unrecht geschah, und auch nur eine Minderheit, die es beging — das sei gleichfalls nicht vergessen.

Noch eine dritte Erinnerung hat dieser Tag wachgerufen. Es waren diesmal gerade zehn Jahre her, daß das Münchener Volksgericht die Führer des sogenannten Hitler-Putschs, den heutigen Herrn Reichskanzler an der Spitze, wegen Hochverrats für ein paar Monate auf Festung schickte und damit praktisch freisprach. In siegreichem Kampf gegen die geltenden Gesetze hat damals die deutsche Rechtsprechung den Grundstein zum „dritten Reich“ gelegt. Wie richtig sie damit von ihrem Standpunkt aus gehandelt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß der für die Durchführung dieses Urteils verantwortliche Mann heute Justizminister im Kabinett Hitler ist. Die Weltgeschichte hat eben Humor; sie beweist das an ihren Figuren.

Die nationalsozialistische Presse hat des Gedenktages gedacht, aber mit jener Kürze, die durch positive Unwissenheit in Verbindung mit einer dunklen Ahnung der Zusammenhänge zu erklären ist. Es ist indessen ein Unrecht der verantwortlichen Stellen, sowohl der damals freisprechenden wie der damals freigesprochenen, daß die Öffentlichkeit an diesem Tage nicht besser über die Verdienste des Ministers Franz Gürtner um die Laufbahn des heutigen Herrn Reichskanzlers unterrichtet wurde.

Der heutige Herr Reichskanzler hatte Hochverrat begangen; die Mindeststrafe waren fünf Jahre Festung. Daß er mehr als diese Mindeststrafe erhalten würde, war ausgeschlossen; soweit war auf die deutsche Rechtsprechung schon damals Verlaß. Das Urteil ging aber noch weiter. Es sprach zwar fünf Jahre Festung aus, stellte jedoch zugleich nach neun Monaten Bewährungsfrist in Aussicht.

Aber es kommt noch besser. Der heutige Herr Reichskanzler hatte an jenem Tage keineswegs zum ersten Male vor Gericht gestanden. Er hatte schon einmal drei Monate Gefängnis bekommen, weil er eine Versammlung mit seinem Stolltrupp gesprengt hatte; auch hierher waren ihm durch Bewährungsfrist vorläufig zwei Monate geschenkt worden. Schließlich schwebte noch ein Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Landfriedensbruchs, begangen bei einer anderen Gelegenheit.

Wenn dieses Verfahren durchgeführt wurde, dann sah es für den heutigen Herrn Reichskanzler übel aus. Von einer Bewährungsfrist konnte bei einem Manne, bei dem sich die politischen Straftaten derart häuften, dann nicht mehr gut die Rede sein. Er hätte also, wohl oder übel, seine vollen fünf Jahre Festung absitzen müssen. An diesem Punkt nun hat der damalige bayerische und heutige Reichsjustizminister sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Er ließ nämlich den Staatsanwalt anweisen, jenes ältere Verfahren einzustellen, weil es zu unbedeutend sei. Hitler hatte damals nämlich nur mit ein paar tausend Bewaffneten die Stadt München zerniert und die Regierung bedroht. Wegen dieser Kleinigkeit wurde er nunmehr nicht weiter behelligt, die Bewährungsfrist trat in Kraft, nach einem Jahr war Hitler wieder auf dem Plan, die Sache ging von neuem los und endete da, wo sie heute ist. Man stelle sich einmal vor, wie die Weltgeschichte wohl verlaufen wäre, wenn Hitler bis 1929 auf der Festung gesessen hätte.

Aber wofür hatten wir schließlich eine Republik mit diesen Richtern und diesen Ministern? Sonderbar ist eigentlich nur, daß Hitler zu ihrem Sturz überhaupt vierzehn Jahre gebraucht hat.

Ruhr im Konzentrationslager

Wien, 31. März. Das Amtliche österreichische Korrespondenzbüro teilt folgendes mit:

„Am Anhaltelager Wöllersdorf sind in der letzten Zeit Ruhrerkrankungen vorgekommen. Die Krankheit wurde durch einen Bazillenträger von außen eingeschleppt. Die Erkrankten befrachten sich ausschließlich auf ein einziges Wohnobjekt, das außerhalb des eigentlichen Lagergebiets liegt und von diesem völlig isoliert ist. Sämtliche 45 Angehörigen aus diesem Objekt wurden zur ärztlichen Behandlung resp. Beobachtung in Spitalpflege übergeben. Soweit bei ihnen überhaupt zweifelhaft Ruhr festgestellt werden konnte, handelt es sich nach Auskunft des Spitals durchweg um Erkrankungen leichter Art. Ein großer Teil der ins Spital eingelieferten wurde bereits wieder geheilt entlassen.“

Frankreichs ultima ratio

„Keine nationale Sicherheit, ohne internationale Sicherheit“

PARIS, 3. April. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Henry Berenger, schreibt in der Agence economique et financiere im Zusammenhang mit der Brühler Stelle des französischen Außenministers: Die man mit Bestimmtheit annehmen könnte, seien die französische und die belgische Regierung sich über folgende drei Punkte einig:

1. daß die etwaige Aufrüstung Deutschlands eine Gefahr darstelle;
2. daß ein Nützungswettbewerb eine mindestens ebenso große Gefahr bedeute;
3. daß das beste Mittel, diesen Gefahren vorzubeugen, in dem Abschluß eines Abkommens bestehe, das sowohl Kontrolle, als auch Durchführungsgarantien vorsehe.

Berenger fügt hinzu, daß bessere Durchführungsgarantien unerlässlich seien. Die Wägen lag nur auf eine Gewährleistung von materiellen Abkommen zwischen den internationalen Mächten hängen. Die Kontrolle allein, die sehr schwer durchführbar sei, genüge nicht, besonders aber nicht gegenüber einem so bekannten Partner wie Deutschland. Man müsse unbedingt zu einem Abkommen der gegenseitigen Unterzeichnung gelangen, das sowohl militärischen als auch wirtschaftlichen Charakter trage.

Barthou wird auf seiner europäischen Rundreise Berlin besuchen, aber wahrscheinlich seinen Aufenthalt nehmen. Möglicherweise ist, daß ihn der deutsche Reichsaussenminister von Rath am dem Bahnhof kurz begrüßen wird.

PARIS, 3. April. Die radikalsozialistische „Ere Nouvelle“ nimmt an, daß der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Denderon, bei seiner Rückkehr nach dem französischen Außenminister den Vorschlag machen werde, Frankreich möge sich Abrüstung einer allgemeinen Abrüstung wenigstens mit einer Abrüstung seiner Luftkräfte einverstanden erklären. Das Blatt hält es jedoch für ausgeschlossen, daß die französische Regierung sich zu einem solchen Vorschlag bereit erklärt, da seine Durchführung nur den englischen Sonderinteressen gerecht werden würde, nicht aber der internationalen Sicherheit Rechnung trüge. Man wisse in Frankreich wohl, daß England eine gewisse Absicht vor einer Politik habe, die sein Schicksal enger mit dem Europas verbinde und es zwingen würde, aus der augenblicklichen Isolierung herauszutreten. In dem Augenblick aber, wenn es nicht mehr genüge, auf einer Insel zu leben, um in Sicherheit zu sein, und wo die Ausdehnung der Meere den „praktischen“ Sozialismus nicht mehr erlaube, gebe es keine nationale Sicherheit ohne internationale Sicherheit.

Reichstagsabgeordneter Dr. Marum tot!

Ermordet oder in den Tod getrieben?

Karlstraße 29. März. Nach Meldung des Geheimen Staatspolizeiamtes hat sich der frühere Staatsrat Marum, der sich seit Mai 1933 in Schwabach befand, in der Nacht vom 28. auf den 29. März in seiner Zelle in Kislau erhängt. Aus der Hinterlassenschaft geht über die Gründe, die Marum zum Selbstmord gezwungen haben, nichts hervor, doch besteht die Vermutung, daß Marum in einem Anfall von Schwermut die Tat vollbracht hat, da seine Beurteilung oder Waffentilgung ihm vorerst nicht in Aussicht gestellt werden konnte.

Diese Nachricht, vom Geheimen Staatspolizeiamt in Karlsruhe verbreitet, gibt uns erschütternde Kunde vom Tode eines Mannes, der seit Jahrzehnten als einer der ersten in den Reihen der badischen Sozialdemokratie gekämpft hat. Ludwig Marum nannte aus unbestimmten jüdischen Hause 1889 in Frankfurt (Main) geboren, trat er schon als junger Student in der Vorwärtspartei, getrieben von einem heiligen Idealismus, in die Sozialdemokratische Partei ein, in der er eine Plattform für seinen Kampf um Gerechtigkeit, Volkswohlfahrt und Freiheit fand. Die beiden sozialdemokratischen Führer Badens Hall und Kolb waren seine ersten Lehrmeister. Als mit dem Zusammenbruch 1918 die badische Sozialdemokratie anfangs verantwortlichen Anteil an der Wahrung des Neubaus des „Mittelrheins“ zu nehmen, leistete Marum — inzwischen ein bekannter Rechtsanwalt — an hervorragender Stelle wertvolle juristische Mitarbeit. Die neue badische Verfassung in zum allergrößten Teil sein persönliches Werk. Seit 1914 dem Landtag angehörig, wurde er später als ehrenamtliches Mitglied (Staatsrat) in badische Kabinette berufen. Seine außerordentliche Begabung, eine nicht minder glänzende Rednergabe sowie sein logisches, aber immer unterschiedenes Auftreten machten ihn bald zu einem der populärsten badischen Politiker. Im Jahre 1928 landete ihn die Sozialdemokratische Partei auf der Reichswahlzettel in das Reichsparlament, dem er ohne Unterbrechung bis zur Auflösung der sozialdemokratischen Fraktion angehörte.

Seine aktive politische Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse, sein erfolgreiches praktisches Wirken ließen ihn zur meistgeschätzten Persönlichkeit jener Zeit werden, die der Nationalsozialismus für alle kampfbereiten politischen Gegner im Reich irun. In einer unläßlich gemalten, kräftigen Dichtkampagne richtete der badische Nationalsozialismus die schlimmsten Verleumdungen gegen Marum. Die Tatsache seiner jüdischen Abstammung wurde in der antisemitischen Propaganda, der nach und nach ein großer Teil des Volkes ergriff, zum Anlaß genommen, erlosene Korruptionsaffären mit seinem Namen in Verbindung zu bringen. Dieser Verleumdung, der die moralische Verdammung seines Vaters erbringen sollte, endete, so oft es auch zu einem Treffer kam, immer mit der Niederlage der blindwütigen Gegner. Sein unablässiges, wehhaft und politisch streng aneinanderhaltendes Wesen entfrähte alle Anwürfe der Nationalsozialisten. Kein und makellos hand der Mensch und Politiker Marum da. Um so grenzenloser wuchs der Haß, mit dem Marum von den Nationalsozialisten verfolgt wurde.

Kein Wunder, daß man nach dem nationalsozialistischen Staatsstreich den Geheimen Staatsrat Marum als einen der ersten verhaftete. Nicht erst seit Mai, nein seit Mitte März 1933 befand sich Marum in „Schwabach“. Er nahm teil an

der damals in der ganzen Welt Bekannten und Abscheu auslösenden öffentlichen Ueberführung hervorragender badischer Sozialdemokraten ins Konzentrationslager Molsan. Dort muete man ihm die raffiniertesten Demütigungen zu. Von allen inzwischen Entlassenen wird übereinstimmend bestätigt, daß die Schmerzen des Reichsstatthalters Wagner im Konzentrationslager gerade an ihm in der hinterhältigsten Weise ihren Nachdruck zu finden suchten. Aber so sehr auch die Kettenbünde ihn umschloßen, ihn seelisch und physisch zugrunde zu richten suchten, seine Treue zur sozialistischen Idee und seinen geraden Charakter konnten sie nicht brechen. Zwar verstimmete sich ein Verbleiben, das den körperlich ohnedies nicht besonders festen Mann schon früher immer quälte, aber er behielt nicht um Gnade, wie es die traurigen Geiden des „dritten Reiches“ von ihm forderten. Man sollte ihm keine Freilassung mehrmals in Aussicht, doch er erfüllte die Bedingungen, die das System der Schande daran knüpfte, nämlich sofort nach Schwabach auszuwandern, nicht. Einmal im Konzentrationslager befindenden nationalsozialistischen Journalisten erklärte er auf die Frage, was er nach seiner Freilassung zu machen gedachte, daß er nach Karlsruhe zurückgehe, um seine Rechtsanwaltstätigkeit weiter auszuüben. Er lehnte es ab, Deutschland zu verlassen. Er sei in diesem Lande geboren und niemand könne ihn daraus verweisen. So blieb er auch nach der Entlassung mehrerer führender Sozialdemokraten weiter im Konzentrationslager, trug sein schweres Schicksal mit einer Zähigkeit und Ausdauer, die den Mitgefangenen, aber auch den vielen Genossen draußen im Lande Mut und Bewunderung einflößten. Selbst kommunistische Arbeiter sprachen in diesen Wochen mit der größten Hochachtung von Marum, der bereit war, für seine sozialistische Ueberzeugung nicht nur „Dad und Gut“, sondern auch sein Leben in die Schanze zu schlagen.

Man erreicht uns die traurige Kunde von seinem Tod, doch kann man nicht die näheren Umstände, die Marum, vorausgesetzt, daß nicht ein furchtbares Verbrechen der SA vorliegt, in den Tod getrieben haben. Es ist auch jetzt überflüssig, darüber jetzt Untersuchungen anzustellen. Marum ist — so oder so — ein Opfer der barbarischen Nachmethoden, mit denen das „neue“ Deutschland Adolf Hitlers seine, ehemaligen, jetzt völlig entmachteten politischen Gegner verfolgte. Wenn Marum wirklich selbst Hand an sich gelegt hat, so tat er es jedenfalls, weil er den völkischen Methoden nationalsozialistischer Verfolgungspolitik nicht mehr gewachsen war. Sein Tod ist eine Demonstration gegen den neuen deutschen Faschismus. Marum steht vor uns als Märtyrer, der für seine Ueberzeugung und die Sache der Arbeiterklasse Deutschlands starb. Die badischen Arbeiter und darüber hinaus alle freiheitlich gesinnten Menschen werden diesen edlen, uneigennütigen, im Dienst des Sozialismus fast selbst vergessenden Menschen nie vergessen. Er bleibt einer neuen Generation leuchtendes Vorbild sozialistischer Treue und Heldentums.

Die Asten des Falles Marum aber werden erst geschlossen, wenn ein gerechter Richter Spruch über die Hauptverantwortlichen für das tragische Schicksal dieses Mannes, die Wagner, Wader, Pflaumer und Röhlert getroffen hat.

Berliner Bischof vor Hunderttausenden

„Die da glauben, uns eine Grube zu graben, fallen selbst hinein!“

Aus ganz Deutschland erlahren wir, daß die Kirchen aller Konfessionen an den Osterfesten außerordentlich stark besucht gewesen seien. Verzweifelte, Enttäuschte und Hoffende fanden sich vor den Altären im Gebet. Es war für unzählige gläubige Menschen ein einziger, in ein Gottvertrauen gekleideter Protest gegen die braune Diktatur.

Nach sechs von 64

Eine Bilanz der kirchlichen Oetern ergibt, daß weder der Protestantismus noch der Katholizismus von Friedendensangelegenheiten sprechen dürfen. Im Protestantismus scheint der Kampf zwischen den Anhänger des Pfarrernobels und den „deutschen Christen“ in unverminderter Heftigkeit fort. In Schließen verlangen die „deutschen Christen“ die Verhaftung des Bischofs Baucke. Man bombardiert sich gegenseitig mit Kundgebungen und Gegenkundgebungen, Nebensetzungen und Gegenbesetzungen. Die „deutschen Christen“ verbreiten verurteilendes Material gegen den Pfarrer Reimöller vom Pfarrernobelsbund, um ihn mundtot zu machen. Von den 64 protestantischen protestantischen Bischöfen sind nur noch sechs bei den „deutschen Christen“ verblieben. In einem Flugblatt des Pfarrernobelsbundes heißt es: „Halte eure Bischöfe, die für das Evangelium von Christus eintreten, die Treue, damit die Gemeinshaft des Glaubens und der Liebe nicht ein leeres Wort unter uns sei. Stärkt sie im Glaubenskampf durch lächelndes Gebet.“

In Bayern wehrt sich der Kardinal Faulhaber mit wachsender Entschiedenheit gegen die nationalsozialistischen Forderungen auf Auflösung der katholischen Jugendverbände. Er richtete am 26. März einen Brief an den bayerischen Staatsminister Wagner, der jetzt im Wortlaut veröffentlicht wird und den Herrn Minister in erschütternder Weise zügelte. Faulhaber weist ihm nach, daß er eine Unterredung mit ihm, dem Kardinal, bewußt unmaß wiedergegeben habe. Wohl sei es richtig, daß er den Beirwort dem Staat überlassen habe, Dagegen müsse der Erzählungswort, Theaterspielen, Singen, Turnen, Wandern und Skifahren, den katholischen Jugendverbänden verbleiben. Was die Uniformen betreffe, so habe er auf eine einheitliche Tracht der katholischen Verbände verzichtet. Man erlaube lerner aus diesem Briefe, daß der Minister mit der gänzlichen Unterdrückung der katholischen Jugendverbände gedroht und erklärt habe, „wenn das Konfessionsamt wäre, hätte ich die katholischen Verbände längst zerlegt“. Es wird der Tag kommen, wo man alle Jugendheime haben wird.“

Es handelt sich bei diesem Brief des Kardinals an den Minister um ein diplomatisches Astenstück voller Zwies. Es läßt erkennen, daß von einer Annäherung zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus nicht die Rede sein kann. Dafür gibt es jetzt ein nicht weniger wichtiges Dokument. Der erst vor kurzem von Göring in sein Amt eingeführte

Berliner Bischof Dr. Bares sprach am Karfreitag nachmittags in der Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale. Seine Predigt wurde, durch Lautsprecher übertragen, in die anderen Kirchen weitergegeben. Auf dem Platz vor der Kathedrale hatten sich allein über 20.000 Katholiken versammelt. Die Rede des Bischofs war eine in die üblichen religiösen Formen gekleidete erschütternde Abwehr jenes widerchristlichen Geistes, der, wie jeder der Hörer des Bischofs wusste, nirgendwo härter lebendig ist als im Nationalsozialismus, seinen Ideen und seinen Herrschaftsformen.

Bischof Bares sagte wörtlich: „Christus war und wird wieder sein die Rettung der Menschheit vor dem Geist der Lüge und Grausamkeit, der blutigen Hölle. Die Kirche wird aus allem Leid auch in der heutigen Zeit triumphierend hervorgehen. Mit der Kirche Christi wird kein Gegner fertig. Man muß sie zu Boden gesunken zu haben, im nächsten Augenblick schon steht sie wieder ruhig, stolz und hart da, und die da glauben, eine Grube gegraben zu haben, fallen selbst hinein.“

Wer immer noch Zweifel trägt, wen Bischof Dr. Bares gemeint haben könnte, der wird von der Berliner Presse hinreichend belehrt. Der Berliner „Volkswacht“ spricht von einer „bekräftigenden Rede“. Sie weist Töne auf, die leicht mißverstanden werden könnten. Wo sei denn noch ein Gegner da? Die rote Gottlosigkeit, die der Bischof allein meinen kann, sei von der deutschen Ergebung überwinden worden. Nicht weniger unzufrieden ist der „Tag“: „Man dürfe wohl annehmen, daß die Rede des Bischofs eine Auslegung erfordere, die Mißverständnisse ausschließt.“

Das sind einige Stimmen aus der gleichgeschalteten Presse. Das Echo der nationalsozialistischen Blätter steht bis zu diesem Augenblick. Wir sind gespannt darauf, es wird sehr heftig sein — wenn man nicht im letzten Augenblick auf tatsächlichen Gründen ein Signal gegeben hat, zunächst zu schweigen...

Um Röchlin

Eine französische Aktion

PARIS, 3. April. Der elassische Senator und ehemalige Unterstaatssekretär Dr. Pflieger hat an den Justizminister ein Schreiben gerichtet, in dem er um Aufklärung darüber bittet, wie es möglich sei, daß der von einem französischen Kriegsgericht im Abwesenheitsverfahren verurteilte Großindustrielle Hermann Röchlin frei nach Frankreich kommen könne und die französischen Grenzbehörden sein Verbleiben in ihm zu verhaften. Dr. Pflieger fordert den französischen Justizminister auf, die Maßnahmen zu treffen, die einer solchen Mißachtung der französischen Gerichtsbarkeit ein Ende machen.

Der „Matin“ behauptet, daß Röchlin nach dem Kriege in Heidelberg eine Eisen- und Propagandazentrale gegen Frankreich errichtet habe.

Röchlin, der schon 1919 vom Kriegsgericht in Amiens im Abwesenheitsverfahren verurteilt worden sei, habe jedoch stets unbedeutend ins Saargebiet reisen können und benutze sogar seit einigen Jahren den Weg über Elsass-Lothringen, wenn er sich an der Spitze einer Saarabordnung an den Völkerverhandlungen nach Wien begeben. Röchlin halte sich außerdem häufig in Paris auf, ohne daß die Polizei gegen ihn vorgehe.

Schreckensfahrt eines Freiballons

Ein Insasse herausgeschleudert

PARIS, 3. April. Eine abenteuerliche Ballonfahrt, die am Montagabend in Candas bei Amiens ihren Abschluß fand, haben zwei französische Ballonfahrer hinter sich. Zwei junge Ingenieure waren am Dienstag in der Nähe von Amiens aufgestiegen, ohne aufeinander über besondere Erfahrungen auf dem Gebiete der Ballonfahrt zu verfügen. Als sie in den Abendstunden in unmittelbarer Nähe von Amiens landen wollten, stießen sie mit der Gondel gegen eine elektrische Leitung. Der Knall war so heftig, daß einer der beiden Insassen, der als einziger einige Führerkennzeichen herausgeschleudert wurde. Der Ballon, der dadurch weitaus entfernt von, gewann sofort wieder an Höhe und trieb die ganze Nacht über der Gegend einher. Erst am Montag konnte er langsam ab. Hierbei blieb die Gondel gegen eine Baumkrone, so daß der Ballon vollkommen vernichtet wurde. Der übriggebliebene Insasse erlitt leichte Verletzungen, konnte sich aber nach zur nächsten Gendarmerektion begeben, wo er Bericht über seine abenteuerliche Fahrt erstattete. Die Reihe seines unglücklichen Begleiters wurde nach langem Suchen gefunden.

In der Marinswand verstiegen

Rettungsversuche bisher erfolglos

Am Innsbruck, 3. April. In der Marinswand, der bekannten kretischen Felswand bei Innsbruck, von der die Ueberlieferung erzählt, daß sie schon Kaiser Maximilian beinahe zum Verhängnis geworden wäre, hat sich jetzt ein Innsbrucker Kletterer namens Hugo Niederlindner verstiegen. Er konnte sich selbst nicht mehr befreien. Nachdem die ersten Rettungsversuche durch andere Bergsteiger ergebnislos geblieben waren, rückte abends die Innsbrucker Feuerwehr aus, die im Lichte von Scheinwerfern verlustig, mit Hilfe von Leitern zu dem Versteigerten zu gelangen. Jedoch auch dieser Versuch blieb ohne Erfolg. Niederlindner konnte sich während der Nacht an einem kleinen Baumstamm festbinden, so daß er vor dem Abbruch bewahrt wurde. Heute früh wurden die Versuche, zu ihm zu gelangen und ihn aus seiner Lage zu befreien, wieder aufgenommen.

Das Neueste

Bei einem Feuer in Asf Helal in Unterägypten wurden mehr als 100 Wohnhäuser zerstört. Das außerordentliche heilige Jahr 1933/34 erreichte mit der Heiligpredigt des Gründers des Zalkhaner-Ordens Don Avoca am Ostermontag unter ungeheurer Beteiligung von Pilgern aus aller Welt seinen Abschluß. Auf der Nordostseebahn ist in der Nähe eines Kororts von London ein Zug von Sonntagsausflüglern von einer Rangierlokomotive gerammt worden. Fünfzig Personen wurden verletzt. Nach einer Meldung aus Agadir raste ein Militärkontingent vor der Einfahrt in die Stadt gegen einen Baum und stürzte in einem tiefen Graben. Die Insassen, drei Fremden, legten ihre Waffen, Revolver und Pistolen, wurden auf der Stelle getötet.

Gericht über Reichskanzler Hitler

Eine Massenversammlung in Neuyork

„New York Times“ und „New Yorker Staatszeitung“:

In Madison Square Garden fand am 7. März eine Massenversammlung statt, an der 20 000 Menschen teilnahmen. Vor diesen 20 000 „Geschworenen“ wurde über das erste Jahr der Amtstätigkeit der deutschen Reichsregierung unter Kanzler Hitler „zu Gericht gesessen“. Als „Zeugen“ traten 22 Vertreter des Staates, der Stadt, der Kirche, der Anwaltschaft, der Wissenschaft, der Arbeiterschaft und öffentlicher Institutionen auf. In einem feierlichen Urteilspruch wurde verkündet, daß die nationalsozialistische Regierung vor der Welt des Verbrechens gegen die Kultur schuldig befunden worden sei.

Das Urteil führte Punkt für Punkt die Verbrechen an, die Hitler und seine Trabanten gegen die Demokratie, gegen die Redefreiheit, die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit, gegen die Freiheit der Religion und die Freiheit der Person, gegen die Freiheit der Lehre, der Kunst und der Wissenschaft, gegen den Weltfrieden, gegen die Frauen, gegen alle Liberalen, gegen die Arbeiter und gegen die Minderheiten begangen haben.

Die Erschienenen wurden ersucht, eine Petition zu unterzeichnen, für die sich angeblich bereits 100 000 Personen erklärt haben und die Ende dieses Monats dem Präsidenten Roosevelt überreicht werden soll. Es wird darin ein Appell an den Präsidenten gerichtet, seinen und den Einfluß seiner Regierung geltend zu machen, damit „die Verfolgung der Juden in Deutschland ein Ende finde“. . . Die Ausführungen der einzelnen Redner brachten nichts Neues, soweit eine Stellungnahme gegen das heutige Regime in Frage kommt. Sie forderten eine Fortdauer des Boykotts. . . Am Ende der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Wir erklären, daß die Hitlerregierung das deutsche Volk zwingt, sich von der Kultur ab- und einem veralteten barbarischen Despotismus zuzuwenden, der den Fortschritt der Menschheit zu Frieden und Freiheit bedroht, und eine Gefahr für das Kulturleben der ganzen Welt bedeutet.“

„Den großen Massen des deutschen Volkes, das so zum Opfer eines tragischen und furchtbaren Rückschritts wird, drücken wir unsere tiefste Sympathie und Freundschaft aus.“

„Wir erklären es als unsere feierliche Ueberzeugung, daß eine solche Lage nicht lange währen kann.“

Die Reden einiger „Zeugen“

Der frühere Gouverneur Alfred E. Smith führte aus: „Ehe Deutschland es wagt, Gerechtigkeit von anderen Nationen zu verlangen, sollte es zum mindesten gegen seine eigenen Bürger Gerechtigkeit üben.“

„Hitler hat dem deutschen Staat Gesetze von Höhlenbewohnern gegeben; das Faustrecht gilt; der schärfste Zahn, das lauteste Gebrüll, das am weitesten aufgerissene Maul.“

Die Struktur der deutschen Regierung ist uns gleichgültig, aber wir haben ein sehr dringendes Interesse an jeder Regierungsform, die die Grundrechte der Völker zerstört oder zu zerstören sucht. . .

Einige Zeit, nachdem Hitler die Zügel in Deutschland ergriff, zweifelte man im Ausland daran, ob die Berichte über Verfolgungen und Tyrannei, die aus Deutschland kamen, der Wahrheit entsprächen. Die Welt hoffte, daß diese Berichte Aeußerungen übereifriger Anhänger Hitlers „wären“, und daß sie bald aufhören würden. Aber nach einem Jahr sind wir gezwungen, diese Meinung zu ändern und wir müssen, so ungern wir es tun, annehmen, daß das deutsche Volk hinter Hitler steht und seinen Standpunkt der religiösen Unterscheidung teilt.

Wie lange kann Deutschland so fortfahren? Meiner Meinung nach nicht lange. Bigotterie und Intoleranz können nicht kontrolliert werden. Sie gehen ihre eigenen Wege. Sie sind ein Krebs am Körper des Staates, und das einzige Heilmittel ist, ihn herauszuschneiden.“

Der katholische Journalist Michael Williams, Präsident der „Calvert Associates“ sagte u. a.:

Meiner Meinung nach droht der katholischen Religion in Deutschland die schwere Gefahr, durch die Gewalt einer heidnischen Staatsreligion völlig ausgerottet zu werden, da die deutsche Glaubensbewegung einer der mächtigsten Faktoren des Nationalsozialismus ist und im Gegensatz zum Geist und zum Kult der katholischen Christenheit steht. Darüber hinaus waren und sind die Katholiken in Deutschland noch rohen Verfolgungen unterworfen.

Hinsichtlich der ersten Feststellung jedoch wird meine persönliche Ansicht durch autoritative Aeußerungen der am meisten befugten Sprecher unterstützt, nämlich der Führer der deutschen katholischen Geistlichkeit. Vor der Machtübernahme Hitlers vor einem Jahr hatte die Mehrzahl der deutschen Bischöfe jene nationalsozialistischen Lehren, die im Widerspruch zu den Grundsätzen des Christentums stehen, offiziell verurteilt.

Zwar wurde der Bann aufgehoben, als die Nationalsozialisten die Regierung übernahmen, aber auf die Zusage Hitlers hin, daß die rein religiösen Rechte der Kirche geschützt werden würden. Diese Rechte wurden in dem Konkordat zwischen der Hitler-Regierung und dem Vatikan anerkannt. Aber es ist bekannt, daß diese Rechte — vor allem die der Erziehung — aufs schwerste bedroht sind.

Viele der besten katholischen Führer Deutschlands — Geistliche und Laien in gleicher Weise — wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zur katholischen Friedenspartei verhaftet. — Die katholische Presse, die vor der nationalsozialistischen Revolution Tages-, Wochen- und Monatszeitungen von höchstem kulturellem Niveau besaß, wurde praktisch völlig unterdrückt. Die Zensur der übrig gebliebenen Blätter der katholischen Presse ist so streng, daß ihre zusammengeschrumpfte Leserschaft nichts darüber erfährt, was ihre eigenen katholischen Führer über das Sterilisationsgesetz, den Antisemitismus oder die heidnische Kontrolle der katholischen Jugendverbände erfahren. . .

Der Druck des Heidentums ist meiner Ansicht nach im Anwachsen begriffen, statt nachzulassen. Wenn das stimmt, so

glaube ich, daß der Kampf des deutschen Katholizismus gegen den absoluten Staat erbitterter ist, als der Kulturkampf. Daß die Katholiken diesen Kampf gewinnen, so wie sie gegen den Eisernen Kanzler siegen, muß die Hoffnung aller Verteidiger der Kultur gegen die neue Barbarei sein, die Hitlerium heißt. . . .

Der Kanzler der Neuyorker Universität Dr. Harry W. Chase sprach u. a.:

Die Angriffe der Hitlerregierung gegen die Erziehung in den vergangenen zwölf Monaten bestehen nicht nur in der Rassenverfolgung, sondern sie bedeuten einen Eingriff in die Freiheit des menschlichen Denkens überhaupt, das eine wesentliche Bedingung für den Fortschritt der Kultur ist.

Die deutschen Schulen und Universitäten sind nicht der Wut der Rassenverfolgung entronnen. . . Die Liste der Männer, die von den Hochschulen vertrieben wurden, umfaßt die erleuchtetsten Geister der deutschen Schule. Fünf Nobelpreisträger wurden entlassen oder sind in der Verbannung. Die Mehrzahl der Vertriebenen sind Juden, viele jedoch Nichtjuden. Mit anderen Worten: die Männer wurden nicht nur wegen ihrer Rasse, sondern auch wegen ihrer Ideen verfolgt. . .

Jüdische Studenten wurden aus den Instituten und von den Kliniken verjagt und erhielten — aus einer Einstellung heraus, die ans Mittelalter erinnert — Ausweise mit besonderem Aufdruck und von besonderer Farbe. Berufliche Ausbildungsmöglichkeiten werden offensichtlich einer ganzen Rasse planmäßig vorenthalten — einer Rasse, die Gelehrte hervorgebracht hat, deren Laufbahn, deren Entdeckungen und deren Leistungen für die Menschheit zu glänzenden Zierden der deutschen Wissenschaft gehört haben.

Aber so schlimm diese Dinge sind, die Gefahr für die Kultur und den Fortschritt der Menschheit ist noch größer als sie sich selbst bei diesen dramatischen Vorgängen der Rassenverfolgung anzeigt. Die deutschen Universitäten waren große und freie Institute. Bis jetzt war das Recht zu lernen und zu lehren unangetastet. . .

Jetzt plötzlich hat sich das alles geändert. Die freien Universitäten wurden zu Werkzeugen der Propaganda. Die Tragödie der deutschen Erziehung ist nicht nur die Tragödie derer, die gezwungen wurden, die Lehrhäuser zu verlassen. Es ist auch die Tragödie derer, die dort bleiben und die Freiheit der Meinung, die Unabhängigkeit des Urteils und die tiefe intellektuelle Ueberzeugung verleugnen müssen.

. . . . Denkt an eine Generation, die unter solchem Einfluß erzogen wird, eine Generation, die nicht im vollen Lichte der Wahrheit, sondern in einem Dschungel von Vorurteilen, Leidenschaft und Haß aufwächst. . . durch eine solche Erziehung untergräbt das Hitlerium die Grundlagen der Kultur nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für eine lange Zukunft.

Der Oberbürgermeister von Neuyork, La Guardia, erklärte im Namen der amerikanischen Öffentlichkeit:

„Ich stehe heute abend hier, um meinen Neuyorker Mitbürgern in dem großen Proteste zu folgen, der sich nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen das gegenwärtige deutsche Regime richtet. Keine Regierung, die sich nur durch die brutale Gewalt des Maschinengewehrs halten kann, kann von sich behaupten, daß sie mit Einverständnis der Regierten herrsche. Unser Protest richtet sich nicht nur gegen die

Ausschreitungen, die in Deutschland vorgekommen sind. Als Amerikaner haben wir das größte Interesse an der deutschen Entwicklung, weil wir dieselbe Gedankenart, dieselbe Ueberheblichkeit, dieselben Ideen, dieselbe Verworfenheit wieder sehen, die schon einmal eine Welt des Friedens in eine Welt des Krieges verwandelt haben.

Natürlich wissen wir, daß ein Regime, das sich auf solche Programme stützt, nicht von Dauer sein kann. Das Hitlerium kann die Achtung nicht zerstören, die wir der jüdischen Kultur entgegenbringen. In der Geschichte der Kultur war das Wort „Semit“ fünfzehn Jahrhunderte vor dem Worte „Arier“ bekannt. . . .

Dies allein sollte genügen, um in unserem ganzen Lande gegen den Nationalsozialismus zu protestieren, der sich der Ueberlieferung und der Politik unserer Republik entgegenstellt. Es wird schwierig für die Republikaner Amerikas sein, freundliche Beziehungen zu jenem Lande aufrecht zu erhalten, das seine Bürger nicht mehr in Sicherheit arbeiten läßt.“

Psychiater stellt Diagnose

Vom Standpunkt der Psychopathologie analysierte Dr. L. F. Barker, emeritierter Professor der Medizin an der John Hopkins Universität: er bezeichnete den Nationalsozialismus als „schwere Geisteskrankheit“ und als „anormale Massenenergie, die uns an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert“.

Hitler selbst wurde von Dr. Barker als „egozentrischer Fanatiker“ beurteilt. Der Psychiater bemerkte, daß er gegen jene Geisteskrankheit kein wirksames Gegenmittel kenne, von dem er sich einen Erfolg versprechen könne.

Professor Barker protestierte gegen die „verwerfliche Ungerechtigkeit, die den Medizinern und auch der Medizin selbst unter dem nationalsozialistischen Regime zugefügt worden ist“; er zählte die zahlreichen Maßnahmen auf, die gegen jüdische Wissenschaftler und „politisch Unzuverlässige“ ergriffen worden sind.

Der Führer der Presbyterianischen Mission spricht

Der Pfarrer A. I. Brown nahm zu den Verteidigern des Nationalsozialismus Stellung:

„Man behauptet, daß die ersten Berichte von körperlichen Mißhandlungen übertrieben gewesen seien. Dieser Behauptung glaube ich nicht. Viel eher ist anzunehmen, daß unter den damaligen Umständen viele Fälle überhaupt nicht berichtet worden sind. Aber es geht nicht um die Frage, ob damals 2000 oder 20 000 Fälle von Gewalttätigkeit vorgekommen sind — auch 2000 wären zu viel. Wir hoffen ernsthaft, daß die gegenwärtige antisemitische Politik bald beendet werden möchte und daß die deutsche Regierung den Gehalt jenes Wortes von William Penn verstehe: „Wer auch Recht haben mag, der Verfolger hat immer Unrecht.“

Wir fühlen uns auch betroffen durch die gegenwärtige Absicht der Regierung, die deutschen Kirchen dem Staat unterzuordnen, sie zu seinem Werkzeug zu machen, so daß sie nur noch seine politischen Ideen ausführen dürften. Pfarrer und Professoren, die die freie Meinung in der Ausübung ihrer religiösen Pflichten nicht aufgeben wollen, werden entlassen, die Freiheit und Selbständigkeit der christlichen deutschen Jugendbewegungen werden zerstört. Da wir den echten christlichen Charakter vieler deutscher Pfarrer und Universitätsprofessoren kennen, waren wir beglückt, aber nicht erstaunt, als wir hörten, daß Tausende von ihnen mit Mut in der Öffentlichkeit protestiert haben.“

In holländischem Urteil

Deutschland und Frankreich

Wir entnehmen aus „De Nieuwe Rotterdamse Courant“:

„Die Darstellung der Franzosen (von der Abrüstungsfrage) ist mit begrifflichem Mißtrauen getränkt. Sie sehen, was in Deutschland im Gange ist; die Militarisierung des ganzen Volkes, angefangen beim Schulkind bis zum alten Mann, den Zwang, den man auf alle ausübt. In ihren Ohren wird das Friedensgezwitscher der Regierung nach außen hin überlaut durch größere und kleinere Reden, die zu tausenden geschwungen werden. Es ist sehr gut möglich, daß die Deutschen aus Furcht vor anderen die militärischen Sitten und die militärischen Gefühle so entfachen. Aber es wird schwer halten, die Franzosen davon zu überzeugen. Und sie wissen: daß Deutschland verfolgt bestimmte Ziele. Paris ist nicht beruhigt, wenn auch Berlin jetzt nicht geradezu auf seine Ziele losrennt. Das Mißtrauen Frankreichs ist sogar so groß, daß man nicht einmal eine Abrüstungskonvention zuläßt.“

Arbeitsbeschaffung in Deutschland

Im selben Blatt lesen wir unter einer andern Rubrik: „Die meiste Arbeitsbeschaffung ist in erster Linie unproduktiv. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit in erster Linie eher unrichtig gemacht als aufgehoben; denn die Arbeitskräfte sind infolge der Arbeitsbeschaffung nicht mehr ohne Beschäftigung, aber doch noch arbeitslos, auch wenn es nicht mehr so scheint. . . Deutschland ist überzogen mit einem Reg von Straßen. Dieses Reg ist so groß, daß niemand, als man ihn fragen sollte, was Deutschland nun in erster Linie nötig habe, auf die Idee gekommen wäre zu antworten: Straßen! Nun legt man im ganzen Reich bereits Autostrassen an mit den dazugehörigen Brücken und Kunstwerken. Diese neuen Wege werden sich vielleicht oder wahrscheinlich später in einer besseren Zeit einmal als rentabel erweisen, vielleicht sogar in höherem Maße als man jetzt vermuten kann, aber darüber muß eine Zeit verstreichen. . . Alles dies basiert auf der Erwartung, daß sich dieses ganze Anfurdeln von selbst überflüssig machen wird. Das Wort anfurdeln drückt es schon selbst aus. Wenn die Batterie leer ist, nehmen wir den Schwengel, um den Motor in Betrieb zu setzen, aber wenn er dann nicht anschlößt, ist nichts zu machen.“

An anderer Stelle lesen wir zu dieser Frage in derselben Zeitung noch folgendes unter der Ueberschrift „Arbeitsbeschaffung als Kredit“:

„Die wirtschaftlichen Leistungen des neuen Deutschland beschränken sich bis jetzt in der Hauptsache nur auf den Aufbau

einer inländischen Scheinkonjunktur, die finanziert wird mit Einkünften, die man erst noch erhalten muß und die außerdem zur Folge hat, daß Deutschland mehr und mehr vom Ausland isoliert wird. Die anderen Länder kriegen die Schuld daran, und sie müssen es am eigenen Leibe fühlen durch eine stets anwachsende Befürzung ihrer Rechte als Gläubiger. Trotz des Jubeltones in allen deutschen Medien besteht sicher noch kein Grund, optimistisch zu sein.“

Die finanzielle Lage Deutschlands

Aus der „Post Scripta“ der Haag'schen Post zitieren wir u. a.:

„Deutschland lenkt im Augenblick die Aufmerksamkeit auf seine finanzielle Lage. Diese läßt wieder Gefahr, ins Stocken zu geraten. Es hieß schon, daß die Position Dr. Schachts dadurch gefährdet sei, weil mächtige Kreise der neuen Regierung seinen Widerstand gegen eine Inflation für schädlich halten. Und man begreift diese Stimmung etwas besser, wenn man ge hört hat, was Graf Schönering von Probst, der Finanzminister diese Woche enthüllt hat. Man kam schon zwei Milliarden zu kurz, und nun hat man noch vier Milliarden Mark Voranschlag auf die Zukunft genommen, indem man in der Höhe dieser Summe Vorschlag für Arbeitsbeschaffung ausgab, mit denen man später seine Steuer bezahlen kann. Außerdem ist die Kaufkraft der Steuerzahler auf eine geradezu bedauerliche Weise geschwächt. Man erleichtert ihre Lasten noch weiter. Die verläßlichen Steuerbonds sind im Umlauf; sie bilden schon für sich eine Inflation. Die Regierung verfolgt im Augenblick eine reine Verzweifelungspolitik. . . Und um die Stimmung oben zu halten, finden dauernd Kundgebungen und Gedenkfeste statt, für welche Tausende angebracht werden müssen. Am 8. April wird in Hamburg der „Dein Godenwind“, ein Wohnschiff für die Jugend eingerichtet. 100 000 junge Leute sollen dabei aufgenommen werden. Dafür scheint das Geld nicht zu fehlen. Wie lange wird die Mark dies alles noch aushalten können? . . . Die, die sagen, daß der Deutsche rubia Hunger leiden kann, wenn er nur in Reiche und Gled marschieren und hurra rufen kann, haben wieder einmal recht. Wir wollen zum Schluß hierzu ein tragikomisches Beispiel erzählen. Deutschland ist ein Land voller Widersprüche. Im Sportpalast in Berlin wird eine große Rede nach der anderen geschwungen. Es ist der Hauptrede-Saal des Reichs. Ein Veier schickte uns eine Illustration aus einem Berliner Blatt, die den überfüllten Raum darstellte, als Dr. Gobbels sprach. Und genau gegenüber dem Rednerpult war mit Riesenschrift ein Spruch angebracht: „Die Tat ist kumm.“ Und das an dieser Stelle! Welches andere Volk könnte die Ironie, die darin liegt, nicht begreifen?“

Wer regiert an der Saar?

„Was fragen die...“

Die „Volkstimme“ berichtet: Dieser Tage hatte ein Nichtgleichgeschalteter mit einem der „Ordnungsdiener“ Leute ein Gespräch. Dieser Mann plauderte wie folgt aus der Schule:

„Nur nicht ängstlich sein. Sie hätten am Sonntag (18. März) die Versammlung der Saargebietssamtwalter der „deutschen Front“ in einem der größten Säle (Wartburg) in Saarbrücken sehen sollen.“

Diese Tagung war streng geheim, jeder Teilnehmer mußte einen doppelten Ausweis vorlegen. Alles war abgeperrt, sogar die Pissoiren und Aborte waren bewacht. Wie waren wir erkannt, als über 800 Mann aus allen Orten des Saargebietes anmarschierten. Und noch erkannter waren wir über die vielen prominenten Führer aus dem Reich, die anwesend waren. Auf die Frage, wie denn alle herüber kommen könnten ohne die Genehmigung, erklärte er dann, daß sie doch alles fertig bringen. Was fragen die nach der Regierungskommission. Die heißt die „deutsche Front“ ganz in die Tasche. Du wirst noch manches erleben. Im August oder September, erklärte ein Führer aus dem Reich, folgt der große Schlag. Die Regierungskommission wird kommen, an der „deutsche Front“ heißt sie sich die Zähne aus. In der Versammlung

wurde auch bekanntgegeben, welche Orte gut sind und welche schlecht. In Dudweiler sind schon 45 Prozent, in Sulzbach 75 Prozent und in Lutzerath 85 Prozent der „deutschen Front“ angeschlossen. Daß es in Lutzerath nur 85 Prozent sind, ist nur der Dege der katholischen Presse zuzuschreiben. Ueberhaupt überall macht uns das Pfaffengefindel große Schwierigkeiten, jedoch auch sie müssen nachgeben, dafür sorgen jetzt die Amtswalter, die am Sonntag ihre Anweisungen erhielten.“

Soweit der Naziplauderer. Die „deutsche Front“ wird auch hier sagen: „Provokateure!“

Saarländer für die Reichswehr

Saarbrücken, 2. April. Die ständige Verstärkung der deutschen Reichswehr macht sich jetzt auch im Saargebiet bemerkbar. Eine Anzahl junger Saarländer, die sich schon vor Jahresfrist um Einstellung bei der Reichswehr beworben hatten, erhielt am vorgestrigen Donnerstag ganz plötzlich Weistellungsbeehle zur sofortigen Abreise nach verschiedenen Reichswehrregimentern in Ost-Deutschland. Nach monatelangem Warten waren die jungen Leute kürzlich in Zweibrücken durch SA-Kerzte auf ihre Militär-Tauglichkeit untersucht worden.

Um die Silberlinge

Die NSDAP. zentralisiert ihr Vermögen

Der „Führer“ hat u. a. angeordnet:

„Der Reichsschatzmeister der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist Generalbevollmächtigter des Führers in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.“

Dem Reichsschatzmeister der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei steht das Recht der Nachprüfung der Finanzabrechnung der Partei angeschlossener Verbände zu.

Soweit sich auf Grund dieses Rechtes die Notwendigkeit ergibt, von Reichs-, Landes-, Kommunal- oder sonstigen Verbänden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und Privatpersonen Auskünfte einzuholen, sind dem Reichsschatzmeister bzw. seinen Organen die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Gemäß dem vom Führer bestimmten Grundriss der reiflosen Einheitslichkeit der Finanzabrechnung der NSDAP und zur Sicherung derselben werden mit sofortiger Wirkung die Gau-Schatzmeister und Gau-Revisoren dem Reichsschatzmeister unmittelbar unterstellt.“

Das sieht so aus, als ob sich Teile der NSDAP. finanziell selbständig machen möchten. Die Silberlinge sind aber für die oberste Führung das Wichtigste. Deshalb greift sie zu.

In der Tat lehrreich

Zehn Monate Gefängnis, weil er sich gegen unberechtigte Verhaftung beschwerte

In der nazionalistischen „Deutschen Landeszeitung“ finden wir folgenden Grenzbericht:

Eine lehrreiche Verhandlung spielte sich am Donnerstag vor der Großen Strafkammer des Hessischen Landgerichts ab. Ein Offenbacher Kaufmann war während der Inventur vorübergehend verhaftet gewesen und hatte Weiswerde eingeleitet. Wertwärtigerweise hat er die Sache, wie man sagt, ein halbes Jahr „auf Eis gelegt“, ehe er das Innenministerium mit einer gebärdigten Beschwerde beehrte, die dort wie eine Bombe eingeschlagen haben soll. Der Beschwerdeführer hatte nämlich dem Beamten, der in Ausübung seiner Pflicht durchaus korrekt und loyal vorgegangen sein soll, den schweren Vorwurf des „schweren Hausfriedensbruchs mit Gewalttätigkeit“ usw. gemacht. Er hatte allen Ernstes vom dem Beamten verlangt, er sollte sich entschuldigen und nicht auch heute noch auf diesem sonderbaren Standpunkt. „Da müssen Sie aber lange warten“, bemerkt der Vorsitzende ganz trocken auf diese Einlassung. Der Beamte hat sich natürlich auf nichts eingelassen. Vom Schöffengericht Offenbach war wegen der falschen Anschuldigung bereits auf 7 Monate Gefängnis erkannt worden; die Große Strafkammer war der Ansicht, daß die Gemeinheit des Angeklagten noch stärker bestraft werden müsse und erhöhte die erste Strafe auf 10 Monate.

Die Mitgliederzahl der „Arbeitsfront“

Statistische Kunststücke der Ley-Verbände

Die Arbeitsfront-„Gewerkschaften“ sind keine freien Vereinigungen der Arbeiter. Ihre Mitgliederzahl ist also überhaupt kein Maßstab ihrer Macht. Selbst wenn die deutschen Arbeiter in ihnen hundertprozentig organisiert wären, bliebe es — gewerkschaftlich gesehen — genau so bedeutungslos wie gar keine Organisation. Der heutige Zustand der deutschen Verbände weist klar darauf hin, daß es den Machthabern im 2. Mai 1933 nicht um die Uebernahme und nationalsozialistische Beeinflussung der Verbände ging, sondern um ihre Zerschlagung, die jetzt schon soweit vorgeschritten ist, daß auch die letzten organisatorischen Hüllen in sehr kurzer Zeit abgestreift sein werden.

Trotzdem verdient eine Veröffentlichung in der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (2. Februarheft 1934) Beachtung. Sie stammt aus der statistischen Abteilung der Deutschen Arbeitsfront und bringt Zahlen über die Mitgliederbestände der Arbeiter- und Angestelltenverbände. Danach waren angeblich registriert:

Verbände	Zahl der Mitglieder in 1000	
	am 1. 5. 1933	am 31. 12. 1933
Baugewerbe	455	703
Bergbau	136	353
Graphisches Gewerbe	125	221
Habritarbeiter	250	675
Holzarbeiter	220	354
Landarbeiter	27	627
Metallarbeiter	774	1029
Textilarbeiter	180	718
Tabakarbeiter	49	134
Steinarbeiter	35	81
Essentielle Betriebe	824	1340
Lehrerarbeiten	105	177
Nahrungsmittelgewerbe	189	457
Seimarbeiter u. Hausgehilfen	3	222
	3304	7199

In dieser Aufstellung fällt eines sofort auf: Die „Statistische Abteilung“ des Herrn Ley scheint überaus fähig zu sein. Bisher hat noch niemals eine deutsche Gewerkschaft so schnell — in vier Wochen — ihre Mitglieder zählen können. Selbst unter normalen Umständen ist eine solche technische Refordleistung kaum denkbar. Früher haben die Verbände erst nach einem halben Jahr ihre Mitgliederstatistiken fertigstellen können, obwohl die Leiter bestimmt nicht weniger an den Ergebnissen interessiert waren als Herr Ley. Dann noch eins: Woher hat eigent-

lich die „Statistische Abteilung der Deutschen Arbeitsfront“ die Ziffern vom 1. Mai 1933? Die haben sich diese Herren aus den Fingern gesogen! Es ist wenigstens nicht bekannt geworden, daß die früheren Gewerkschaftsführer 24 Stunden vor der „schlangarartigen Aktion“ gegen die Gewerkschaften am 2. Mai noch eine „Abzählung“ veranstaltet hätten.

Es ist wahr, daß die deutschen Gewerkschaften besonders in den ersten Monaten des Hitlerregimes sehr viel Mitglieder verloren hatten. Aber allein der ADGB wird schätzungsweise noch 2,3 Millionen Mitglieder gezählt haben, die Christen mindestens noch annähernd 500.000 und die Christen-Tunckerischen noch etwas über 100.000 Mitglieder. Ueberdies zählt ja die neue Statistik auch die Angehörigen der Wirtschaftsjugend als Gewerkschaftsmitglieder. Um mindestens eine Million niedriger sind die Zahlen für den 1. Mai 1933 angegeben.

Ebenso wenig wie die Ziffern vom 1. 5. 1933 stimmen die vom 31. Dezember. Möglich, daß die Arbeitsfront heute „Millionen Mitglieder“ zählt. Aber das ist ja noch weniger, als wenn die freien Gewerkschaften früher nur eine Million gehabt hätten!

Denn nach dem 2. Mai wurden die alten Gewerkschaftsmitglieder gezwungen, „treu“ zu bleiben und es war nicht schwer, die Nichtorganisierten zum Eintritt in die gleichgeschalteten Organisationen zu „bewegen“. Der „Junger“ beim Landarbeiterverband um genau 600.000 erklärt sich daraus, daß die Mitglieder der Arbeiterabteilung des Reichslandbundes — es handelt sich um Pflichtmitglieder — einfach in die Arbeitsfront überführt wurden. Diese „Gewerkschafts“-Mitglieder wurden früher auch vom Reichsarbeitsministerium nicht in die Verbandsstatistik aufgenommen!

Interessant ist, daß die „Statistische Abteilung der Deutschen Arbeitsfront“ es nicht für nötig hielt, finanzielle Ergebnisse ihrer Verbandsarbeit zu veröffentlichen.

Bestehtens war es früher üblich, gleichzeitig mit den Mitgliederanzahlen die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände bekanntzugeben. Der Grund liegt auf der Hand: Erstens kann man aus gewerkschaftlichen Finanzberichten die tatsächliche Mitgliederentwicklung erkennen und zweitens könnte man vielleicht auch sonst Einblick in die „Wirtschaft“ dieser Arbeiterführer bekommen. Aber das wäre wirklich zu viel verlangt! „Sie haben die Arbeiterarroschen geraubt; es ist unbillig, von ihnen noch buchmäßig Rechenschaft zu verlangen.“ M. H.

A'bert Einstein

Antwort an die Preußische Akademie

Amsterdam, 27. März. Zum 55. Geburtstag Albert Einsteins erschien im Querido-Verlag, Amsterdam, eine Aufsatzreihe von Albert Einstein unter dem Titel „Mein Weltbild“ (269 Seiten). Einstein entwickelt in diesem Buch seine Gedanken über Politik, Pazifismus, Judentum und gewährt zum Schluß einen Einblick in die eigene Forscherarbeit. In der Aufsatzreihe kommt Einsteins Glaube an den Menschen, an eine Welt des gegenseitigen Verständnisses und der Hilfe und an die völkerverbindende Mission der Wissenschaft zu stärkstem Ausdruck. In dem Buch ist auch sein Briefwechsel mit der preußischen Akademie der Wissenschaften zum ersten Male im Wortlaut abgedruckt. Die Akademie hatte Einstein auf Grund ungeprüfter Gerüchte der Verbreitung von Grauelmärchen beschuldigt. Einstein wies diese Verleumdung stolz zurück. Sein abschließender Brief lautet:

„Le Coq-sur-Mer (Belgien), 12. April 1933.“

An die Preussische Akademie der Wissenschaften, Berlin.

Ich erhalte Ihr Schreiben vom 7. 4. er. und bedauere außerordentlich die Bestimmung, die sich darin kundgibt.

Sachlich habe ich nur folgendes zu erwidern:

Ihre Behauptung über meine Haltung ist im Grunde nur eine andere Form Ihrer bereits veröffentlichten Erklärung, in der Sie mich beschuldigen, mich an einer Grauelhebe gegen das deutsche Volk beteiligt zu haben. Diese Behauptung habe ich bereits in meinem letzten Schreiben als eine Verleumdung bezeichnet.

Sie haben ferner bemerkt, daß ein „Zeugnis“ meinerseits für „das deutsche Volk“ sehr schmerzvoll im Ausland gewirkt haben würde. Derauf muß ich erwidern, daß ein solches Zeugnis, wie Sie es mir zumuten, einer Verneinung aller der Anschauungen von Gerechtigkeit und Freiheit gleichgekommen wäre, für die ich mein Leben lang eingetreten bin. Ein solches Zeugnis wäre nämlich nicht, wie Sie sagen,

ein Zeugnis für das deutsche Volk gewesen; es hätte sich vielmehr nur zugunsten derer auswirken können, die jene Ideen und Prinzipien zu beseitigen suchen, die dem deutschen Volk einen Ehrenplatz in der Weltzivilisation verschafft haben. Durch ein solches Zeugnis unter den gegebenen Umständen hätte ich — wenn auch nur indirekt — zur Sittenverderbung und Vernichtung aller heutigen Kulturwerte beigetragen.

Eben aus diesem Grunde habe ich mich gedrängt gefühlt, aus der Akademie auszutreten, und Ihr Schreiben beweist mir nun, wie richtig ich damit gehandelt habe.“

Das große Zeitungsterben

Der „Hamburgische Correspondent“ geht ein

Zum 1. April stellt der „Hamburgische Correspondent“ sein Erscheinen ein. Die Verlagsrechte werden zum Teil von anderen hamburgischen Zeitungen übernommen. Das seit mehr als 150 Jahren bestehende Blatt, das in früheren Jahren besonders Ansehen in der Schifffahrt und Kaufmannschaft besaß, hat in den letzten Jahren mit steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt.

Hamburg, 31. März. Der Verlag Hamburger Börsenhalle GmbH. teilt seinen Vätern mit, daß er mit dem heutigen Tage das selbständige Erscheinen seiner Zeitungen „Hamburgischer Correspondent“, „Hamburger Börsenhalle“ und „Schiffahrtsblätter“, „Hamburger Neuzeit Nachrichten“, „Hamburger Aktuar-Abendblatt“ und „Mittagsblatt“ einstellt. Die Zeitungen werden mit dem 6. April vom Verlag der „Hamburger Nachrichten“ übernommen. Die „Hamburger Nachrichten“ führen die Namen der übernommenen Zeitungen der Hamburger Börsenhalle als Untertitel.

Monatlich 700 Millionen deutscher Zeitungen weniger

Berlin, 1. April. (Anprek.) Das Institut für Zeitungskunde teilt mit, daß die Weltausgabe deutscher Zeitungen im Oktober 1933 rund 300 Millionen Exemplare betrug. Im gleichen Monat des Vorjahres erreichte sie, nach Angaben des gleichen Instituts, eine Milliarde.

„Tatu - Tata“

Bald hier, bald da

Für die Dienstreisenden der Obersten SA-Führung, nämlich für den Stabschef, die Amtschefs der Obersten SA-Führung, die Führer der Obergruppen und der Gruppen, hat der Reichsverkehrsminister, wie das VVN-Büro meldet, den Gebrauch von mehrstimmigen Signalinstrumenten gestattet, da sich ein Bedürfnis dafür herausgestellt hat. Diese Fahrzeuge sind durch die einschlägigen Kommando-Befehle gekennzeichnet. Andre Kraftfahrzeuge müssen im allgemeinen eine einstufige oder nur in einem Akkord anklingende Hupe führen.

Tatu-Tata! Es war das Signal Wilhelm II. So ist er am 10. November 1918 nach Holland desertiert.

Staatsgefährliche Seite

Die sämtlichen Vermögenswerte, Geschäftsanteile und Aktien der Zementfabriken Viktor Wolf und Aels W. in Zeinau bei Schlachten (Hessen-Rassau) wurden beschlagnahmt, weil sie staatsfeindlichen Zwecken dienen hätten. Es wurde ein Kommissar für die Betriebe eingesetzt. Die Konfiszierung einer staatsfeindlichen Tätigkeit bei zwei Zementfabriken ist darauf zurückzuführen, daß der Inhaber bzw. Hauptaktionär Viktor Wolf außerhalb seiner geschäftlichen Tätigkeit eine führende Rolle im „Internationalen Sozialistischen Kampfund“ (ISK) spielte, einer zwischen SPD. und KPD stehenden, weit aus ebemässigen Sozialdemokraten zusammengesetzten, den Ideen des verstorbenen Göttinger Philosophen Nelson folgenden kleinen Gruppe, die im übrigen das demokratische Prinzip verwarf und für eine aristokratische Führeratschaft eintrat.

Hochzeit mit der Erbhofbesitzerin

Der Bauer Anton Veich in Unterzeitlich, Oberfranken, ist mit der Erbhofbesitzerin Babette Maßkorn die Ehe eingegangen. Im Sinne des Erbhofgesetzes hat er beim Justizministerium den Antrag gestellt, fortan den Namen seiner Ehefrau führen zu dürfen.

Sie heben den rechten Arm . . .

Marxisten demonstrieren für den Hitlergruß

Indes die Redner ihren Geist versprigen,
pflanzte sich im Volke dumpfes Schweigen fort
und weder Wachtparaden noch Haubigen
besiegen es. — Das Schweigen hat das Wort.

Die einen winden sich in Jubelkrämpfen,
die andern säen eine stille Saat,
die heute stumm sind, werden morgen kämpfen.
Das Schweigen reißt — im Schweigen reißt die Tat.

Hugin.

Eine ergreifende Kundgebung, die auch auf Unbeteiligte einen starken Eindruck gemacht hat, ereignete sich unlängst im Urnenhain des Krematoriums zu Dresden. Es war bekannt geworden, daß drei Gefangene in einem der sächsischen Konzentrationslager — in welchem konnte unser Gewährsmann nicht sicher erfahren — sich erhängt hatten; verzweifelte Flucht, die einem Selbstmordversuch gleichkommt, oder freiwilliger Tod sind die letzten und einzigen Mittel für hundert solcher Opfer gewesen, sich den braunen Peinigern zu entziehen. Einer dieser drei Toten wurde zur Einäscherung ins Dresdner Krematorium überführt. Auch das war bekannt geworden und an allen Stempelstellen und bei sonstigen Gelegenheiten war die Parole herumgesprochen worden, diesem toten Kameraden ein letztes Geleit zu geben. Die Parole wurde befolgt. Zu Tausenden — unser Gewährsmann, der an diesem Tage zufällig in Dresden war und die Kundgebung mit angesehen hat, versichert, daß das keine übertriebene Phrase, sondern eine wahrheitsgetreue Feststellung ist: zu Tausenden erschienen die Anhänger aller sozialistischen Bekenntnisse im Urnenhain. Dort standen sie, strengste Disziplin während, schweigend um das Krematorium und zwischen den Grabstätten.

Kein Wort wurde gesprochen. Ein ungeheures Aufgebot von SA-Mannschaften und Polizisten umschwirte den Schauplatz. Die braunen und schwarzgrünen Truppen der „Ordnung“ waren in höchstem Maße aufgeregt, sie flühten in ihren Dienstautos hin und her, die Kompressionshupen der Ueberfallkommandos zwischerten gellend und aufreizend. Aber es fand sich nicht der geringste, wenn wahrscheinlich auch noch so sehr gewünschte Anlaß zum „Einschreiten“ — ein still und schweigend stehendes und wartendes Trauergelicht mit Gummiknüppeln vom Friedhof zu vertreiben, mochte man nicht wagen; man konnte nur aufgeregt abwarten, was die tausendköpfige Menge der Schweigenden etwa noch tun würde.

Und was tat sie? Als der Sarg mit dem Opfer des Regimes gebracht und durch die Reihen getragen wurde, öffnete sich ihm ehrerbietig eine Gasse. Auch jetzt fiel kein Wort. Aber — die schweigenden Männer und Frauen, alle, Kommunisten und Sozialisten, Unterdrückte des „dritten Reiches“, Schicksalsgenossen des Toten — sie alle erhoben angesichts des Sarges die rechte Hand zum Hitlergruß. Nicht ein Wort fiel.

Die SA., die Polizei stand fassungslos in peinlichem Erstaunen. Und es blieb nichts anderes übrig, dieser Gruß zwang sie — auch sie mußten die Arme erheben. Auch sie schweigend, aus anderen Gründen, und insgeheim knirschend oder ratlos verdattert in dieser unerwarteten Situation. Und so grüßten die uniformierten Schutztruppen des braunen Regimes das Opfer des braunen Regimes.

Unser Gewährsmann vermag den tieferschütternden Eindruck nicht zu schildern, den diese stumme Szene auf ihn als Ausländer gemacht hat: in diesem Deutschland müssen die Geknechteten den Gruß des Feindes anwenden, um ihrem toten Kameraden ein letztes Mal zu ehren! Eine Trauerkundgebung, außergewöhnlich in ihrer Art, demonstrierte stumm und schweigend und gerade darum weithin vernehmbar gegen die Machthaber der Diktatur.

Plischke im Delicium

„Der Jude hat“ . . .

Das im offiziellen „NS. Druck und Verlag“ erschienene und vom Organ des Reichspropaganda-Ministeriums „Der Angriff“ warm empfohlene Buch „Der Jude als Rassenchänder“ von Dr. Kurt Plischke enthält u. a. folgende Stellen:

„Der Jude hat eine unstillbare Gier, nichtjüdische Frauen und Mädchen zu schänden und sie in den Sumpf seiner gemeinen Gesinnung herabzuzerren.“

„Die jüdische Rasse ist die Hauptträgerin der Geschlechtskrankheiten unter den Völkern, was ja bei ihrer tierisch-sinnlichen Veranlagung und ihrem ausschweifenden Leben nicht zu verwundern ist.“

„Der Mädchenhandel ist fast ausschließlich in den Händen von Juden.“

„Es ist notwendig, für das deutsche Volk ein Rassenschutzgesetz zu schaffen. Darin muß das Verbrechen der Rassenschändung wie früher mit dem Tode bestraft werden. Und zwar mit dem Tode durch den Strang.“

Einem Artikel des Amtsblatts der NSDAP für den Gau Baden, „Der Führer“, ist zu entnehmen: „Kreisleiter Epping in einer Beamtenversammlung mit den jüdischen Rassenchändern scharf ins Gericht. Er kündigte auch an, daß er nicht zurückschrecken werde, artvergesene Volksgenossinnen, die in Gesellschaft von Juden verkehren, öffentlich durch Namensnennung zu brandmarken. — Selbstverständlich wird der nationalsozialistische Staat in absehbarer Zeit die gesetzlichen Grundlagen zur Bekämpfung jüdischer Wüstlinge schaffen. . . . Es kommt darauf an, auch den letzten Volksgenossen und die letzte Volksgenossin über die Juden- und Rassenfrage so aufzuklären, daß sie im Juden den Todfeind völkischen Lebens erkennen und ihn wie die Pest meiden.“

nistischen Opernstil bleiben liegen. Er will die Läuterung, die Reinigung, die Rückführung auf die Urelemente des Rhythmus und der Melodie, die die Musik gerade durchmacht, im eigenen Werk dokumentieren. Aber seine schöpferische Kraft reicht nicht aus. Die Werke sind Mißerfolge. Die schnellebige Zeit geht über sie und mit ihnen auch über die früheren Erfolge hinweg. Die politische Entwicklung tut das Ihre: der Direktor der Staatlich Preussischen Musikhochschule gilt als Vertrauensmann des sozialdemokratischen Kultusministeriums. Es wird immer riskanter, Werke dieses Mannes aufzuführen. Eine Palastrevolution in der Hochschule, geführt von dem braunen Musikpapst Havemann, läßt Schreker schließlich auf die Direktion verzichten. Er bleibt Leiter einer Meisterklasse für Komposition an der Preussischen Akademie. Und dann kommen die Märztage des Jahres 1933: In Freiburg (Breisgau) sollte eine neue Oper Schrekers aus der Taufe gehoben werden. Aber der Komponist selbst zieht das Werk zurück. Wenige Tage später wird er gemeinsam mit seinem Kollegen und intimen Freunde Arnold Schönberg von der neuen preussischen Regierung beurlaubt und entlassen. Die Umwälzung, das Schwinden jeder Möglichkeit, in deutschsprachigen Ländern weiter zu wirken, scheint den seit lange Kränkenden völlig gebrochen zu haben, er ist am Vorabend seines 56. Geburtstages gestorben.

Es ist die Frage zu stellen, was von diesem Manne, den das Leben nicht verwöhnt hat, der verbittert und einsam dahingegangen ist, bleibt. Gewiß nicht so viel, wie einige begeisterte Jünger und Propagandisten einst in den Tagen der großen Erfolge wähten. Aber auch nicht so wenig, wie böswillige Verleumder brauner und anderer Couleur versichern: Schreker war einer der wenigen wirklichen Opernmenschen und Opernschöpfer dieser Zeit. Seine drei Hauptwerke, in denen der Klang, die Musik selbst zum Thema der auch von ihm selbst geschaffenen Handlungen wurde, „Der ferne Klang“, „Die Gezeichneten“ und „Der Schatzgräber“, werden heute und immer das Repertoire der großen Opernhäuser sehr erfolgreich bereichern können. Seine Tanzmusik — zum Ballett der Wiesenthals „Der Geburtstag der Infantin“ geschrieben — gehört zum Besten, was in Deutschland in diesem Genre je geschrieben worden ist. Schließlich wird der große Lehrmeister Schreker, der Erzieher zweier Komponisten- und Dirigenten-Generationen, in die Geschichte der deutschen Musik eingehen, und wenn der Spuk brauner Unkultur einst verschwunden sein wird, werden die verantwortlichen Leiter einer neuen deutschen Kulturpolitik dort weiterbauen müssen, wo das pädagogische Werk Schrekers geendet hat.

Paul Walter.

Selbstrasieren!

Ein neues Verbrechen im „dritten Reich“

Was ist Selbstrasieren? Im „dritten Reich“ ist es eine verhängnisvolle Unsitte, jawohl! So vermehren deutsche Regierungsgorgane, und es muß demnach wahr sein. Diese Freiheiten einer liberalistischen Epoche haben im Naziland keinen Platz mehr und haben auf Befehl der Arbeitsfront zu verschwinden! Sie wünschen einen Beweis für meine Behauptung? Bitte:

Folgendes schreibt die westdeutsche Presse:

„Vorschlag zur Arbeitsbeschaffung. Ein Aufruf an alle Selbstrasierer. Die Düsseldorfer Friseurinnung machte einen bemerkenswerten Vorschlag zur Arbeitsbeschaffung. Hier klafft noch eine Lücke in der Front der Arbeitsschlacht. . . . Erst wer sich einmal der Mühe unterzog, den Einfluß der für das Friseurgewerbe so verhängnisvollen Unsitte des Selbstrasierens auf den Arbeitsmarkt und auf die öffentliche Belastung zu überdenken, erkennt mit Leichtigkeit, wie leicht jeder in der Lage ist, im Arbeitsbeschaffungsprozeß mitzuwirken und mitzuhelfen. . . .“

Selbstverständlich, wo kämen wir hin, wenn jeder, wenn er gerade Lust und Laune dazu hat, sich vor den Spiegel stellen und sich selbst rasieren könnte? Selbstrasieren wird wohl demnächst als staatsfeindlich und hochverräterische Handlung — an dem Gedanken der Arbeitsschlacht — erklärt werden, und dann wird es jedem Friseur freistehen, jeden verbrecherischen Selbstrasierer der SA. anzuzeigen, die den Fall bis zu seiner letzten Lösung schon klären wird.

„Arbeitsschlacht“, „Arbeitsbeschaffungsprozeß“ . . . Das sieht so aus: „Gewöhn dir das Selbstrasieren ab!“ — „Geh auch mal aus!“ (Arbeit für Wirtschaften!) — „Laß dein Haus neu anstreichen!“ — „Bist du schon im Besitz der deutschen Reichsflagge?“ — „Jedem Deutschen ein Volksempfänger-Radiogerät!“ — „Jeder muß Hitlers „Mein Kampf“ lesen!“

Auf diese Art und Weise wird bis Ende des Jahres die Arbeitsschlacht siegreich beendet, die Arbeitslosigkeit im Naziland restlos beseitigt sein. Wer's nicht glaubt, verfolge nur die deutschen Statistiken. . . .

H. W.

Die Doppelverdiener

Der Dank

Aus dem Brief einer Volksbibliothekarin an die „Deutsche Kämpferin“, eine nationalsozialistische Frauenzeitschrift (Märzheft 1934):

„Viele Jahre stand ich im Beruf, vor und während meiner Ehe, immer mit der gleichen Liebe zu meiner Arbeit, der Arbeit am Menschen, und beseelt von der großen kulturellen Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Ich habe stets danach gestrebt, mein Amt für Volk und Vaterland nach bestem Gewissen zu verwalten. Betonen möchte ich noch, daß ich bereits von 1931 (meiner Amtsübernahme) an alles darzu gesetzt habe, um ungeeignete Bücher (Asphaltliteratur und volksverwundendes Schrifttum) meiner nach echter und aufrechter Literatur verlangenden häuslichen Leserschaft fernzuhalten. Wir haben auch kein einziges Werk abzulehnender Literatur angeschafft!“

Dafür wurde ich am 1. April 1933 fünf Monate lang zwangsbeurlaubt. Dann erhielt ich die Kündigung ohne Angabe des Grundes. Auf mein sehr gutes Zeugnis setzte man die Bemerkung, daß man mich auf Grund der Bestimmungen über das Doppelverdienerum (ich erhielt eine Entschädigung von 28 Reichsmark monatlich) habe entlassen müssen, und zwar geschah das in dem Augenblick, als man auch meinen Mann aus „Sparmaßnahmen“ seines Amtes als Stadtbibliothekar enthoben hatte.

Zeit-Notizen

Lager für Historiker und Architekten

In Halle ist ein auf sechs Wochen berechnetes erstes Gemeinschaftslager für 25 Kunsthistoriker und Architekten eingerichtet worden, die als künftige Mitarbeiter bei der Bestandsaufnahme der Bau- und Kunstdenkmäler eingesetzt werden sollen.

Abbau der höheren Schüler

Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß schon beim Uebergang aus der Untersekunda auf Obersekunda in den sächsischen Schulen eine Beschränkung der Schülerzahl durchgeführt werden soll, die etwa der Zahl der später zum Hochschulstudium Zugelassenen entspricht.

Wie sie lügen

Der Präsident der deutschen Dichterkademie, Hanns Johst, der eine barbarische Pogromszene bei der Berliner Aufführung seiner „Propheten“ mit Rücksicht auf das Ausland umarbeiten und abschwächen mußte, erklärte in Kopenhagen: „Ich bin ebensowenig Antisemit wie Antialkoholiker. Ich bin ein lebensbejahender Mensch, der auf den Sieg alles Guten und Gesunden vertraut. Solche Menschen sind auch Hitler und Göring, so sind die Menschen im neuen Deutschland: positive Menschen.“

Deutscher!

Heraus
aus E. H. P. und Warenhaus!
Der deutsche Werkmann leidet Not,
gib Du ihm Arbeit,
schaff ihm Brot!
Ein guter Deutscher willst Du sein
und kaufst noch stets beim Juden ein?
Trägst Deiner Woche kargen Lohn
zu Schocken, Tieg und Salomon!
Weh Dir! Du übst Verrat
am Vaterland!
Pfui! Welche Schand!

„Fränkische Tageszeitung“, 19. März,

Ein „System“ Musiker

Zum Tode Franz Schrekers

In die Freude darüber, daß die Nachricht vom Tode des Dirigenten Otto Klemperer sich nicht bewahrheitet, mischt sich die Trauer um den in seiner Geburtsstadt Monaco noch nicht 56jährig verstorbenen Komponisten Franz Schreker. Ein tragischer Lebensweg hat seinen Abschluß gefunden, ein Weg, der nach langer, entbehrungsreicher Lehr- und Reifezeit ein kurzes Genießen großer öffentlicher Erfolge und dann eine lange Zeit verbitterten Beiseitstehens gerade im Alter der Reife brachte.

Der Sohn österreichischer Eltern erhielt seine musikalische Ausbildung in Wien. Die äußeren Verhältnisse der Familie sind nach dem frühen Tode des Vaters die denkbar schlechtesten. Der Musikstudent muß fast allein mit Stundengehen den Lebensunterhalt der Familie bestreiten. Aber trotz aller äußeren Nöte setzt er sich als Musiker durch. Ueber die verschiedensten Dirigentenposten, über die Gründung des Wiener philharmonischen Chors gelangt er sogar in die Wiener Musikakademie als Lehrer für Komposition. Um so erstaunlicher, als Wien dem Komponisten die Anerkennung versagt. Französische Musikerkreise werden zuerst auf den Wiener, der aus Debussys Impressionismus und Puccinis Opernwelt die entscheidendsten Anregungen gewonnen hat, aufmerksam. Erst nach Kriegsende setzt sich das Opernschaffen Schrekers in einer Serie von Erfolgen, die vom Frankfurter Opernhaus, das damals unter Rottenbergs musikalischer Führung stand, ihren Ausgang nehmen, durch. Das damalige preussische Kultusministerium beruft Schreker als Akademiedirektor nach Berlin, was einen der unbestrittenen Aktivposten der Aera Kestenberg darstellt. Unter Schrekers Leitung wird aus dem verstaubten Staatskonservatorium in der Hardenbergstraße am Zoo das modernste Musikerziehungsinstitut der Welt. Schreker selbst, der in Wien bereits eine stattliche Schülerzahl um sich sah, wird einer der begehrtesten, weil freiesten Lehrer für Komposition. Pisk, Rosenstock, Krenck, Haba, Rathaus, Horenstein, Goldschmidt, Höffer gehören zu seinen Schülern. Die bedeutendsten älteren und jüngeren Komponisten und Musikpädagogen gehören zum Lehrkörper des von Schreker geleiteten Instituts. Inzwischen wandeln sich die Stile, die Musikauffassungen. Es sind die Jahre der Donaueschinger Musikfeste, die Jahre, in denen sich Strawinsky-Busoni-Schönberg im mitteleuropäischen Musikkreis durchsetzen, in denen Hindemith, Krenck, Toch, Bartok, Casella, Milhaud ihren Aufstieg nehmen. Schreker, der Künstler des farbigen Klanges, eben noch als Hypermoderner von der reaktionären Kritik bekämpft, muß es erleben, in die zweite Reihe zu geraten, ja von den Jüngsten selbst als Reaktionär angegriffen zu werden. Er versucht sich umzustellen. Mehrere Fragmente in seinem eigensten farbsatten, spätimpressionis-

Wie Tscheljuskin unterging

Ein Bericht aus dem Eismeer

Die Rettungsversuche

Um die Rettung der Tscheljuskin-Befahrung

Moskau, 2. April. Drei verschiedene Fliegergruppen versuchen gegenwärtig die Befahrung der „Tscheljuskin“ zu erreichen. Die erste Gruppe versuchte von Anadir nach Kap Bankarem zu fliegen, mußte aber halbwegs eine Notlandung vollziehen, die zweite Gruppe, die Kap Bankarem zu ihrer Basis erwählte, hat seit einigen Tagen nichts von sich hören lassen. Die dritte Gruppe ist von Romo aus in nordwestlicher Richtung nach Kap Prince of Wales gestartet, um von dort aus über die Beringstraße nach Kap Bankarem zu fliegen.

Ein Flugzeug abgestürzt

Moskau, 2. April. Der Vorsitzende der Rettungsaktion für die „Tscheljuskin“-Mannschaft, Kommissar Ushakov, der mit dem Flieger Lewanewski von Romo nach Kap Bankarem gestartet war, um von dort aus die Rettungsarbeiten zu leiten, ist in der Nähe von Kap Unwan abgestürzt.

Als das von Lewanewski gesteuerte Flugzeug in eine Nebelbank geriet, stieg der Pilot bis „u etwa 2500 Meter Höhe. Dort überzog sich die Maschine innerhalb von 10 Minuten mit einer dichten Eiskruste, begann die Geschwindigkeit zu verlieren und zu stürzen. Dem Piloten gelang es noch im letzten Augenblick, das Flugzeug abzufangen und eine Katastrophe zu verhindern. Lewanewski trug nur leichte Verletzungen im Gesicht davon, während Ushakov unverletzt blieb.

Wie aus dem Lager Professor Schmidts gemeldet wird, unternahm der im Lager befindliche Flieger Babuschkin die ersten Probeflüge mit dem Kleinflugzeug, das bei dem Untergang der „Tscheljuskin“ geborgen wurde. Die Flüge sind gut verlaufen, obwohl die Maschine sehr gelitten hatte. Der geplante Flug Babuschkins an die Küste mußte jedoch wegen Verschlechterung des Wetters verschoben werden.

Das sinkende Schiff

Eismeer, Lager Schmidt (per Radio übergeben). — Die „Tscheljuskin“-Expedition hatte nicht nur die Aufgabe, verschiedenes wissenschaftliches Material zu sammeln, sondern sollte auch feststellen, ob die Nordpassage von Frachtschiffen, Nichteisbrechern, selbstverständlich aber besonders ausgerüsteten Frachtschiffen befahren werden kann. Man hatte die Absicht, dem „Tscheljuskin“ im Falle großer Eisblocklagerungen den Eisbrecher „Kraffin“ voranzuschicken. Auf beiden Teilen des Weges, auf dem westlichen wie auch auf dem östlichen, stieß „Tscheljuskin“ auf große Eisblöcke. „Kraffin“ konnte jedoch nicht vorausgeschickt werden, da er selbst im Karischen Meer zu Schaden kam und von Schiffen zur Lena geführt werden mußte.

„Tscheljuskin“ ging allein ohne Hilfe und kam bis zur Behring-Sträße, lief sogar in sie ein, d. h. er bemächtigte die ganze Nordpassage. In der Behring-Sträße wurde er von Eisblöcken eingeklemmt, die ihn dann weit nordwärts trieben und ihn schließlich nach einer langen Zickzackdrift am 13. Februar erdrückten.

Die erste Fahrt „Tscheljuskins“ und insbesondere seine Drift lieferten reichliches Material, das unsere Erfahrungen in der Schifffahrt auf dem Eismeer erweitert. Aus

diesen Erfahrungen kann man folgende zwei unwiderlegbare Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens ist die Nordpassage für gute Frachtschiffe befahrbar; hier kann und muß die Schifffahrt sich entwickeln. Zweitens müssen auf den schwierigen Abschnitten, wie z. B. im Ragon bei Semernaja Semlja und im Tschukotsker Meer diensthabende Eisbrecher vorhanden sein. Nur ein Eisbrecher hätte „Tscheljuskin“ oder irgendein anderes Schiff im Oktober oder November aus dem Eise der Behring-Sträße und des Tschukotsker Meeres herausführen können.

Von dem Augenblick an, als „Tscheljuskin“ vom Eise eingewängt und vom Eise abgetrieben wurde, hing sein Schicksal in bedeutendem Maße vom Zufall ab. Wir stoppten die Maschinen ab und waren bereit, allen Ereignissen standzuhalten, konnten aber unseren Standplatz nicht willkürlich wechseln. Das Meer war ganz von Eis bedeckt. Bei starkem Wind kam das Eis in Bewegung, bildete hier Spalten und Eislöcher, dort Eisberge. Bald froren die eisfreien Stellen zu, bald öffneten sie sich wieder. Änderte der Wind seine Richtung, schlossen sich die eisfreien Stellen und auf ihnen häuften sich besonders viele Eisschollen an.

Während der Drift der „Tscheljuskin“-Expedition wurde die wissenschaftliche Arbeit keinen Augenblick unterbrochen.

In Erwartung der Eispressung beobachtete ich mit dem Kapitän und einigen hierzu bestimmten Arbeitern das Eis. Ungefähr um die Mittagstunde kam der Eiswall von links in Bewegung und wälzte sich auf uns. Die Eisschollen überstürzten sich wie die Wellenkämme auf dem Meer. Der Wall war 8 Meter über dem Meerespiegel hoch. Links von uns bildete sich eine zum Bord senkrecht stehende, dem Anschein nach nicht große Eiswand. Es wurde der Befehl gegeben: „Alle Mann auf Deck!“ Und sofort begann die Ausladung der für den Fall einer Katastrophe bestimmten Nahrungsmittel. Wie üblich organisiert und diszipliniert, begaben sich die Leute auf ihre Plätze. Kaum hatten wir mit der Arbeit begonnen, da wurde die Spalte, die sich auf unserer linken Seite gebildet hatte, schon größer und längs der Spalte schloß sich, auf die eine Seite unserer Schiffe drückend, die eine Hälfte des Eisfeldes, die von dem oben erwähnten Wall von rückwärts angetrieben wurde. Das starke Metall des Schiffskörpers wollte nicht gleich nachgeben. Man sah, wie sich die Eisscholle in den Schiffskörper einbohrte, wobei sich die Eisenblechverwundung vom Rumpf des Schiffes löste und obenauf zu liegen kam.

Das Eis setzte seinen langsamen, aber unabwendbaren Angriff fort. Im Laufe eines Augenblicks war der linke Bord des Schiffes vom Bugraum bis zum Heck des Schiffsdecks losgerissen. Der Druck des Eisfeldes ergriff aber bald auch den unter Wasser befindlichen Teil des Schiffes. Sofort drang Wasser in den Maschinen- und Kesselraum ein. Nachdem das Eis den Bord durchbrochen hatte, riß es den letzten noch unter Dampf stehenden Kessel um, beschädigte die Rohrleitung, die zum Hilfspumpensystem führte, und beschädigte die Klappen. Es kam glücklicherweise nicht zu einer Explosion, da der Dampf durch die zahlreichen Lecks einen Ausweg fand.

Das Schiff war verloren. Die Ausladearbeiten gingen schnell voran und zeigten die gute Organisiertheit des Kollektivs. Durch eine erneut einsetzende Eispressung wurde der Bord beim ersten und zweiten Bugraum leck. Auch hier drang das Wasser ein und der Bug begann schnell zu sinken. Obenauf blieb nur der Heckraum, der durch eine unverfehrt gebliebene Scheidewand getrennt

war, der jedoch das Gleichgewicht auf dem Schiffe nicht aufrechterhalten konnte. Das Flugzeug, das am Bug stand, hatten wir schon aufs Eis gebracht und eine Minute später verschwand der Bug des Schiffes unter dem Wasser.

Kurz darauf gaben wir das letzte Radiogramm vom Schiff und montierten das Radio ab. Auf dem Heck ging die Arbeit weiter. Nachdem wir alles, was im Plan vorgeesehen war, ausgeladen hatten, brachten wir ergänzend noch das in Sicherheit, was wir noch brauchen könnten. Die meisten Leute waren schon auf dem Eise, um die ausgeladenen Vorräte soweit als möglich vom Schiffe wegzutragen, damit es sie nicht mit sich ziehen könnte. Auf dem Schiffe blieben ungefähr 15 Leute, darunter verantwortliche Arbeiter, die das Lösen der Ladung fortsetzten.

Das Wasser drang schon von dem sinkenden Bug des Schiffes auf das obere Passagierdeck vor. Noch ein Augenblick, und das Wasser wäre vom Deck auf das Heck herabgestürzt, aber in diesem Moment wurde der Befehl erteilt: „Alle aufs Eis!“

Als letzte verließen das Schiff der Kapitän, der Leiter der Expedition und der Wirtschaftsleiter Rogilewitsch, als das Wasser schon auf dem Heck war und die Anlagen auf dem Deck einstürzten. Von diesen und von rollenden Fässern zu Fall gebracht, gelang es Rogilewitsch nicht mehr, das Schiff zu verlassen. Zu unserem größten Schmerz hatten wir keine Möglichkeit, diesen ausgezeichneten Arbeiter und Genossen zu retten, da das Schiff nach einigen Sekunden, das Heck nach oben, unter Wasser war.

Unsere Funker Arenkel, Iwanow und Iwanjuk setzten sofort das Radio in Stand. Am selben Abend konnten wir schon hören und am nächsten Morgen nahmen wir selbst die Verbindung mit der Radiostation auf Kap Wellen auf.

Unser Kollektiv, in dessen Bestand es Leute gibt, die erstmalig in der Arktis sind, mußte man in ein einheitliches Ganzes zusammenschmieden, man mußte es zu einem musterergültigen, zusammengeschlossenen, straff disziplinierten Kollektiv machen, das fähig ist, schnell zu arbeiten und allen Prüfungen standzuhalten. Die Zusammenschweißung und Erziehung des Kollektivs begann gleich am ersten Tage der Expedition.

Im Lager stehen die Brigaden untereinander im sozialistischen Wettbewerb, wir haben Musterbeispiele von Stohrarbeit. Bei uns ist nicht nur die Arbeit organisiert, sondern auch der allgemeine und berufsmäßige Unterricht. Es herrscht außerordentliche Kameradschaftlichkeit. Eine große Hilfe war für den Leiter der Expedition die Zelle der KP(B)SU. und die gute und gewissenhafte Arbeit meines Gehilfen auf dem Gebiete der Politarbeit, des alten Bolschewiken, Gen. Bobrow.

Die Bolschewiki des „Tscheljuskin“ haben zusammen mit den Parteikollegen dem Androng der Naturgewalten standgehalten und werden es, wenn notwendig, auch weiter tun, denn sie sind stark, weil sie Kinder des großen Landes des Sozialismus sind, die unter Führung der Partei und unter Führung des Genossen Stalin arbeiten.

Der Leiter der Expedition: Schmidt.
(Bericht aus Nr. 28 der „Roten Zeitung“ in Leningrad.)

Ein neues Unglück

250 Fischer auf einer Eisplatte abgetrieben

Leningrad, 2. April. (United Press.) 250 Fischer und 65 Pferde wurden in die See abgetrieben, als eine riesige Eisplatte sich vom Land löste. Zwei Eisbrecher „Truvor“ und „October“ eilten sofort zur Hilfe herbei; es gelang ihnen aber nur 54 Fischer zu befreien. Dichter Nebel verhinderte die Fortsetzung der Rettungsaktion. Fast 200 Fischer befinden sich noch immer auf der schwimmenden Eisplatte, die ungefähr drei Quadratkilometer groß ist. Auch mehrere Flugzeuge versuchten, den Abgetriebenen zu helfen, allerdings ohne Erfolg.

Leben einer Revolutionärin

In der „Roten Zeitung“ (Leningrad) lesen wir:

Am 26. Februar feierte Nadeschda Konstantinowna Krupskaja ihren 65. Geburtstag. Sie wurde am 26. Februar 1869 in Peteraburg in einer wenig begüterten Familie geboren. Im Elternhause kam sie seit dem frühesten Alter mit Revolutionären aller Richtungen zusammen. Ihr Vater starb, als sie 14 Jahre alt war, und das Kind mußte nun mit der Mutter ihren Lebensunterhalt durch Stundenlohn, Abkopfschreiben und dergleichen mehr erwerben. Anfang der 90er Jahre begann Genossin Krupskaja an der Smolenskoje-Sonntagschule für Erwachsene (im jetzigen Bolschewiki-Ragon) zu unterrichten. Schon zu jener Zeit gab es hier zahlreiche Jobriten, und die Gegend war fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt. Von allen Lehrerinnen mochten die die Schule besuchenden Arbeiter die junge Krupskaja am meisten. Man konnte ja mit ihr nicht nur über den Lehrgegenstand, sondern auch über das elende, freudlose Leben der Arbeiter sprechen. Sie verstand es, gut zuzuhören, erteilte ausgezeichnete Ratsschläge und gab vernünftige Bücher zu lesen.

Durch den Einblick in das grauenvolle Arbeiterdasein gelangte die junge Krupskaja zur Ueberzeugung, daß mit den hergebrachten Methoden der Narodniks dem Uebel nicht abgeholfen ist und wandte sich dem Marxismus zu. 1892 trat sie einem der ersten Marxistenzirkel bei, an dessen Spitze die Brüder Kraffin standen. Zwei Jahre später lernte sie den jungen W. I. Iljanow-Genossen kennen, mit dem sie bald darauf den „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ gründete und den Kampf gegen den „legalen Marxismus“ und den „Oekonomismus“ aufnahm. Bei dieser gemeinsamen Arbeit erkrankte das Band, das Krupskaja mit unserem großen Lehrer verknüpfte. Seit der Zeit wurde sie zu seiner nächsten

Gehilfin, Freundin und Lebensgefährtin. Seit der Zeit teilte sie mit Nitsch Gefängnishaft, Verbannung, Emigration, seine ganze Arbeit um den Sozialismus, alle seine Hoffnungen, Freud und Leid.

1898 wird N. A. Krupskaja verhaftet, verbringt 6 Monate im Gefängnis und wird dann zusammen mit Lenin auf drei Jahre ins Dorf Schuschenskoje im Minussker Kreise (Sibirien) verbannt. Aus der Verbannung zurückgekehrt, verlegt Krupskaja ihre revolutionäre Tätigkeit nach Ufa. 1901 siedelt sie ins Ausland (München, dann Genf) über, wo sie regen Anteil an der Gründung der Zeitschrift „Iskra“ nimmt. Sie arbeitet als Redaktionssekretär und steht im lebhaftesten Geheimverkehr mit allen Parteioptionen Rußlands. Nach dem 3. Parteitag betätigt sie sich in der Zentrale und dem Auslandssektor des ZK der Partei.

Nach der Parteispaltung (1903) wird der ganze Apparat des bolschewistischen Zentrums, die bolschewistische Zeitung „Wpered“, die gesamte Korrespondenz mit den örtlichen Genossen der Krupskaja anvertraut. Sie hatte ein phänomenales Gedächtnis, kannte alle Kennworte, alle Pseudonyme der aktiven Parteimitglieder auswendig.

Während der Revolution 1905 kehrt Krupskaja mit Lenin nach Rußland zurück und entfaltet die Arbeit in Peteraburg, reist aber schon Anfang 1908 wieder ins Ausland ab. Sie lebt als Emigrantin in Paris, Arafau, Zürich und Bern, immer anferner großen Lehrer treu zur Seite stehend. Sie nimmt an dem Londoner und dem Stockholmer Parteitag teil und studiert gleichzeitig die pädagogische Literatur und das Schulwesen im Ausland. Nach Ausbruch des Weltkrieges hilft sie die Berner, Zimmerwälder und Aientaler Konferenzen vorzubereiten und nimmt aktiven Anteil an der Einberufung und den Arbeiten der 1. Internationalen Frauenkonferenz.

Im April 1917 trifft sie mit Lenin wieder in Peteraburg ein, arbeitet zuerst im Sekretariat des ZK. und darauf im Wiborger Ragon, und gehört zu den Initiatoren und Organisatoren des kommunistischen Jugendverbandes. Als Pädagogin hat Gen. Krupskaja als eine der ersten in Rußland die Propaganda für die Arbeitsschule begonnen. 1917 stellte sie das Parteiprogramm für die Volksbildung zusammen.

Sie ruft das Volkskommissariat für Bildungswesen ins Leben, arbeitet in dessen Kollegium, leitet die Arbeit außerhalb der Schulen und organisiert die Hauptverwaltung für politische Aufklärungsarbeit.

Gen. Krupskaja widmet viel Zeit und Mühe der Organisation der internationalen Frauenbewegung sowie der Jungkommunisten und Pionierbewegung. Ihrer Feder entspringt auch eine Reihe Artikel über die Volutechnisierung der Schule und ein Band „Erinnerungen an Wladimir Nitsch“.

Miß 1934 zu schlank . . .

Die Experten für die Vollkommenheit menschlicher Schönheit sind in einen heißen Streit geraten. Miß 1934, das anerkannt schönste Mädchen, das in diesem Jahr auf der Welt herumläuft, soll nach Aussage der Sachverständigen zwölf Pfund zu wenig wiegen. Nach den Körperidealen der Antike, die in dem Kunstwerk der Venus von Milo der Nachwelt überliefert worden sind, müßte zwar die Schönheitskönigin noch ein paar Pfund mehr wiegen, aber so weit wollen die heutigen Großregelbewahrer der Schönheitsideale gar nicht gehen. Sie fordern nur kategorisch, daß Miß 1935 diese verlangten 12 Pfund mehr wiegen soll, und zwar sollen Hüfte, Güfte und Oberschenkel stärker entwickelt sein. Die Amväterinnen auf den Thron der Schönheitskönigin haben also fast ein Jahr Zeit, durch tüchtiges Essen ihre Körperformen auf das gewünschte Maß zu bringen.

Unruhige Ostertage in Spanien

Zwischenfälle bei den großen Streiks

MADRID, 3. April. Die streikenden Gas- und Wasserarbeiter in Barcelona haben während der Ostertage eine Reihe von Sabotageakten verübt. Insbesondere war der Ostermontag dazu aussergewöhnlich, eine allgemeine Panik in der Bürgerchaft hervorzurufen. Die Streikenden haben in die Wasserleitungsrohre große Mengen Gas eingelassen, die zu Explosionen führen sollten. Vediglich der Aufmerksamkeit des stellvertretenden technischen Personals war es zu vermeiden, daß Unglücksfälle vermieden wurden. Trotzdem war die Stadt den ganzen Tag über ohne Wasser. Anschläge auf Gaszähler und Verteilungsapparate sind an der Tagesordnung. Es wurden wieder mehrere Ueberfälle verübt, von denen einer einem Bauwächter das Leben kostete.

In Madrid dauert der Metallarbeiterstreik an. Weder schadhafte Aufzüge, noch Kraftwagen usw. konnten repariert werden. Die Wiedereinführung der Todesstrafe in Spanien

hat am Oster Sonntag zu Demonstrationen der extremen Linken in der Hauptstadt geführt, in deren Verlauf auch mehrere Fenster der Deutschen Ueberseebank eingeschlagen wurden.

In Granada sind neun Anarchistenführer durch einen selbst gegrabenen unterirdischen Gang aus dem Gefängnis entflohen. Im übrigen sind die Ostertage, abgesehen von Brandstiftungen an einigen kleineren Kirchen in der Provinz, ohne weitere Zwischenfälle verlaufen.

Der von einem Teil der Presse in großer Aufmachung gebrachten Gründung der Linkenrepublikanischen Partei, die sich aus den Restbeständen der Anhänger des früheren Ministerpräsidenten Azana zusammensetzt und im Parlament etwa über 15 Stimmen verfügt, kann keinerlei praktische Bedeutung beigemessen werden.

ten Elemente widerspiegelt. Jeder Parlamentsakt, das Mißtrauensvotum gegen die Regierung wie Ministeranklage nicht ausgeschlossen, bedarf zu seiner Rechtmäßigkeit der Zustimmung des Senats. Vertreter des Präsidenten ist nicht mehr, wie es bis nun war, der Sejmarschall, sondern der Senatspräsident.

Angesichts dieser alles durchdringenden Uebermacht des Senats ist es von Interesse die Zusammensetzung dieser Körperschaft näher anzusehen. Er besteht aus 120 Mitgliedern, wovon 40 vom Präsidenten ernannt, die übrigen 80 von den Staatsbürgern gewählt werden, die „als führend in der Arbeit für das Gemeinwohl anerkannt wurden“. Wie sind nun diese „führenden“ Staatsbürger ausfindig zu machen? Als solche werden für die erste Senatswahl nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung diejenigen bezeichnet, die mit dem militärischen Orden „Virtuti militari“ und dem „Unabhängigkeitskreuz“ ausgezeichnet wurden. Auf diese Weise wurde mit einem Schläge den nationalen Minderheiten das Senatswahlrecht entzogen, da ja die spanische und deutsche Minderheit als grundsätzliche Opposition über keine, die jüdische Minderheit über sehr wenige Orden verfügt.

Der so zusammengesetzte Senat wird für die weiteren Senatswahlen eine „Legion der verdienten Staatsbürger“ zusammenstellen, in die außer den Ordensgeschmückten auch andere Staatsbürger als Wähler Aufnahme finden, welche nach der Auffassung des bestehenden faschistischen Regimes dessen würdig erscheinen. Ein weitläufiges Verfahren wurde erdacht, um das Vorleben, Gesinnungsfähigkeit und „Verdienste“ des Legions- und Wählerkandidaten zu ermitteln. Die endgültigen Vorschläge werden von einem speziellen Senatsausschuß vorbereitet und das Plenum entscheidet über jeden einzelnen Fall. So entscheidet nicht die Verfassung und nicht ein Gesetz, sondern nach seinem Gutdünken der Senat selbst, wer ihn zu wählen hat. Die Allmacht des Senats wird selbstverständlich überschattet von derjenigen des Präsidenten der Republik. Nur er, niemand anders entscheidet über Krieg und Frieden, schließt Bündnisse und verfügt die alljährliche Rekrutenausbildung, ohne einen Beschluß des Parlaments einzuholen. Der Präsident hat das Recht, jedes von der Legislative beschlossene Gesetz nicht nur durch das ihm eingeräumte Veto, sondern auch dadurch zu vereiteln, daß er berechtigt ist, dem Beschlusse jede rechtsverbindende Kraft abzuspochen und seine Veröffentlichung im offiziellen Gesetzbuch zu verhindern. Schließlich steht dem Präsidenten das Recht zu, einen Kandidaten für seine Nachfolge zu bestimmen. Den zweiten Kandidaten bestimmt eine eigene Wählerversammlung, bestehend aus: den Präsidenten beider gesetzgebenden Körperschaften, dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, dem Generalinspektor der Wehrmacht und außerdem 75 „würdigsten“ Staatsbürgern, wovon 50 vom Sejm und 25 vom Senat gewählt werden. Nützt der Präsident sein Recht nicht aus, so wird der Kandidat der Elektorensammlung als Präsident proklamiert. Im anderen Falle entscheidet eine allgemeine Volksabstimmung zwischen beiden Kandidaten. Es ist daraus leicht zu ersehen, daß die so konstruierte Präsidentenwahl ein lächerliches Komödienstück bedeutet und daß immer wieder in Wahrheit der Präsident seinen Nachfolger bestimmen wird. In ganz kurzweiliger Weise wird die Frage der Abgeordnetenimmunität in der neuen Verfassung behandelt. Es heißt darin allerdings, daß der Abgeordnete für seine Reden, Anträge, Interpellationen und sein Auftreten in den Sitzungen nur vom Sejm zur Verantwortlichkeit gezogen werden könne. „Jedoch kann der Abgeordnete für sein Auftreten, insofern es mit dem Inhalte des Abgeordnetengesetzes unvereinbar ist oder die Merkmale eines von Amts wegen zu ahndenden Diebstahls enthält, auf Grund eines Sejmbeschlusses, oder auf Verlangen des Sejmarschalls, oder über Antrag des Justizministers, vor den Staatsgerichtshof gestellt und von diesem des Mandates verlustig erklärt werden.“ Nach der alten Verfassung bestand der Staatsgerichtshof aus 12 Mitgliedern, wovon 8 vom Sejm, 4 vom Senat entsandt wurden. Die faschistische Verfassung schränkt die Zahl auf 6 ein und läßt alle vom Präsidenten der Republik aus den Reihen der Berufsrichter ernennen. Wenn man bedenkt, daß seit Jahren Polen keine unabhängigen Richter in politischen Prozessen mehr besitzt, so ist un schwer zu erraten wie leicht es der herrschenden Clique fallen wird, jeden oppositionellen Abgeordneten aus dem Parlament hinauszudrängen. Derselbe subalterne Staatsgerichtshof hat auch über gegen Minister erhobene Anklagen zu entscheiden!

Die von der polnischen offiziellen Propaganda inspirierte oder gekaufte Presse der bürgerlichen Parteien des Auslandes preist die neue Verfassung als den Ausdruck einer autoritären, wohlgeordneten Demokratie im Gegensatz zur plan- und führerlosen Demokratie, als welche sie den modernen demokratischen Parlamentarismus hinstellt. Scheinbar ist es so, die Verfassung enthält Bestimmungen über das allgemeine Wahlrecht, Parlament, Ministerverantwortlichkeit und dergleichen. Aber all dies wird in den gleich nachfolgenden Gesetzesartikeln erdrückt und zu Nichts gemacht durch die uneingeschränkte, verantwortungslose Uebermacht des Präsidenten der Republik, der letzten Endes über alles entscheidet, ohne sich um Volkswillen und parlamentarische Beschlüsse zu kümmern. Die „demokratischen“ Irreführer in der Verfassung sind bestimmt, das Ausland zu täuschen, das ja in den konstitutionellen Einzelheiten der „Reform“ und den Lügen der faschistischen Propaganda der offiziellen Kreise sich nicht auskennt. Die Bevölkerung unferes Landes aber weiß genauer Bescheid. Sie hat schon längst den Glauben an jedes Gesetz und jede Verfassung verloren; sie weiß, daß an Stelle beider die Willkür eines krankhaft verirrten Diktators steht. Deshalb bringt die große Masse der neuen Verfassung nicht das geringste Interesse entgegen. Sie lehnt den Umsturz herbei.

Besuch Deutschlands verboten

KOWNO, 2. April. Der litauische Innenminister hat angeordnet, daß sämtlichen Beamten seines Ressorts in Kowno und in der Provinz der Besuch Deutschlands untersagt wird.

Stalins Weg nach Genf

Paris, Ende März. A. Sch. Die Sowjetpresse bleibt in dieser Frage trotzig stumm, aber die französische Presse hat darüber in den letzten Tagen ausführlich berichtet. Rußlands Beitritt zum Völkerbund ist nicht allein grundsätzlich entschieden, er wird bereits diplomatisch vorbereitet. Von sämtlichen großen diplomatischen Aktionen der Sowjetunion in den letzten zwei Jahren wird Stalins Gang nach Genf wohl die bedeutendste sein und die wichtigsten Folgen nach sich ziehen.

Der Beitritt der Sowjetunion in den Völkerbund wird zwei Arten von Voraussetzungen verlangen. Die ersten sind technische und völkerrechtliche, es sind gewöhnliche Formalitäten. Die wenigen Staaten, die noch keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion unterhalten, werden sie anerkennen müssen, es wird die Zweidrittelmehrheit für die Aufnahme sowohl wie für die Gewährung des ständigen Sitzes im Völkerbundsrat gesichert werden müssen. Sämtliche diese Fragen sind leicht zu regeln, sie sind bereits in Angriff genommen. Frankreich, von dem die Initiative der ganzen Aktion ausgeht, wird schon dafür sorgen, selbst England steht diesem Beitritt wohlwollend gegenüber. Die Völkerbundskreise in Genf fühlen sich durch die Beitrittsabsichten des Sowjet-Reichs gestärkt und geschmeichelt.

Wichtiger und komplizierter sind indessen andere Voraussetzungen, die die Sowjetunion selbst verlangt und deren Erfüllung sie für unerlässlich erklärt. Einmal soll das Statut des Völkerbundes mit dem Kelloggpaakt im Sinne der Beendigung des Krieges in Einklang gebracht werden; dann fordert die Sowjetunion den Abschluß eines Welt-Nichtangriffspaktes; sie verlangt ferner, daß sich ein europäisches Paktes der gegenseitigen Unterstützung gegen den Angreifer — und im Zusammenhang mit allen diesen Maßnahmen auch die Erweiterung der Funktionen und die Stärkung der Autorität des Völkerbundes. Ein gigantisches Programm und eine kühne Initiative! Der Preis, den die Sowjetunion für ihren Beitritt zum Völkerbund verlangt, ist sehr hoch, aber im Interesse des Friedens muß dieser Preis bezahlt werden. Die früheren Aktionen der Sowjetdiplomatie, die Abschlüsse der Nichtangriffspakte, die Protokolle über den Angreifer, waren nur vorbereitende Maßnahmen. Jetzt kommt der große Schlag: Sowjetrußland will, daß der Völkerbund und die Großmächte die Sache des Friedens an seinen Grenzen vertragmäßig sichern, erst dann ist es bereit nach Genf zu gehen. Dann ist die Sowjetunion auch bereit, an dem Ausbau des Völkerbundes mitzuarbeiten und selbst die Initiative dazu zu ergreifen. Die Sowjetunion verlangt heute gerade das Gegenteil davon, was sie noch vor fünf Jahren erklärte. Sie hat damals den Völkerbund eben deshalb abgelehnt, weil er die Anfänge einer überstaatlichen Macht befähigt und Ansprüche auf internationale Schiedsrichterstellung erhob. Der stolze Satz, den Radek damals niederschrieb: „Die Sowjetunion kann keinen Schiedsrichter zwischen sich und der bürgerlichen Staatenwelt anerkennen.“ ist heute gründlich vergessen. Heute wird gerade die Erweiterung des Wirkungsbereichs und der Sanctionsmacht des Völkerbundes verlangt. Am 4. März verlangte Radek in den „Zweitsitz“ internationale Sanktionen gegen jeden Angreifer. Diese Handlungen und Pläne stellen ideologisch einen Rückzug dar, außenpolitisch sind sie eine Offensive. Sie

sind eindeutig und bewußt gegen die beiden Hauptgegner der Sowjetunion, die beiden angriffs-lustigen gegenrevolutionären Weltmächte gerichtet — Deutschland und Japan. Der Völkerbund mit der Sowjetunion, aber ohne Deutschland und Japan wird eine ganz andere Politik treiben können, als der Völkerbund mit Deutschland und Japan, aber ohne Sowjetunion. Hier erhält die Sowjetunion eine wichtige Waffe für die Isolierung und Diffamierung des Gegners, für die Entlarvung und Verhinderung seiner Pläne. Die Aufrüstung des Hitler-Deutschland, seine antrussischen Intrigen und Verschwörungen in den baltischen Staaten, seine Eroberungspläne hinsichtlich der Ukraine, die Kriegsvorbereitungen Japans in der Mandchurie — alle diese Gefahren können nun Genf aus erfolgreich behauptet werden. Der Welt-Nichtangriffspakt soll die Garantie der vorhandenen Grenzen geben: er soll einerseits die Grenzen der Sowjetunion sichern, andererseits aber sämtliche Grenzen, die die Friedensverträge von 1919 gezogen haben. Hier bietet die Sowjetunion Frankreich und seinen Verbündeten ein großartiges Tauschgeschäft: für die Garantie ihrer Grenzen ist sie bereit, als Garant der Grenzen von Versailles, Trianon und St. Germain aufzutreten. Hier gerät die Sowjetunion in den schärfsten Gegensatz zu allen drei gegenrevolutionären revisionistischen Staaten Europas: Deutschland, Ungarn und Italien. Dieser Gegensatz wird durch den Vorschlag der gegenseitigen Unterstützung gegen den Angreifer noch scharfer ausgeprägt. Die Sowjetunion will dadurch die Garantie von ganz Europa gegen den deutsch-faschistischen Drang nach Osten erhalten, durch die Gesamtverpflichtung der gegenseitigen militärischen Unterstützung werden indessen alle gewalttätigen Revisionen in Europa schließlich in Schach gehalten.

Diese Politik hat die Sowjetunion noch enger an die Seite Frankreichs und seiner Verbündeten gebracht. Als Barthou zum Außenminister berufen wurde, da konnten Zweifel über die Zukunft der russisch-französischen Beziehungen aufkommen: auf der Genuev-Konferenz 1929 ist Barthou der schärfste Gegenspieler Tschitscherins gewesen. Jetzt hat Barthou der jüngsten Aktion der Sowjetunion seinen Segen erteilt und bei der Taufe der Sowjetunion im Völkerbund wird er Pate stehen. Daß auch Barthou, der Mann des gemäßigten Zentrums als Außenminister eine pro-russische Politik treibt, ist ein Beweis dafür, daß die pro-russische Politik bereits zur Kontinuität, zum bleibenden Bestand der französischen Außenpolitik gehört.

Bündnis mit Frankreich, Garantie des Versailler Vertrags, freiwillige Einfügung in den Völkerbund, die Weltgemeinschaft der kapitalistischen Staaten: welche gewaltige Wendung hat die Außenpolitik der Sowjetunion in den letzten drei Jahren genommen! Aber hinter den völkerrechtlichen Begrissen, dem diplomatischen Palaver und dem außenpolitischen Opportunismus steht der krampfhafteste Kampf des Sowjetstaates um den Frieden, die Ausschüttung aller möglichen Mittel, um den Angriff der faschistisch-imperialistischen Staaten zu verhindern, und, falls der Angriff doch erfolgt, ihn im Rahmen eines möglichst günstigen Bündnisystems siegreich abzuwehren. Die Front, die die Sowjetunion gegen das Hitler-Deutschland und das Ataki-Japan hält, macht sie zum außenpolitischen Verbündeten des europäischen, in erster Linie des deutschen sozialistischen Proletariats.

Um so verhängnisvoller, um so verbrecherischer wirkt die Politik der kommunistischen Spaltung!

Die neue faschistische Verfassung Polens

Von Hermann Liebermann

Die noch im Recht bestehende Verfassung vom 17. März 1921 hatte die Verfassung der französischen Republik zum Vorbild gewählt, aber mit viel stärkerem demokratischen Einschlag. Das Hauptgewicht der gesetzgebenden und politischen Macht im Staate wurde der Abgeordnetenkammer (Sejm) eingeräumt und wiederum ein Oberhaus (Senat) geschaffen wurde, so hat man in der alten Verfassung doch Vorzüge getroffen, ihn jede gesetzgeberische Initiative und jeden Einfluß auf die Politik des Landes, ebenso auf die Zusammenlegung der Regierung zu entziehen. Die Stellung des Staatspräsidenten war völlig derjenigen des französischen Präsidenten gleich.

Die von dem Sejm am 26. Januar d. J. beschlossene neue Verfassung hat diese Rechtslage völlig umgestürzt. Dieses vom juristischen, konstitutionellen und redaktionellen Standpunkte ganz erbärmliche Stückwerk stellt eigentlich die Verfassung einer absoluten Monarchie dar. Nur wird das Staatsoberhaupt nicht Monarch, sondern Präsident genannt. An der Spitze der Verfassung heißt es: „Als Organe des Staates, die der Oberhoheit des Präsi-

denten der Republik unterstellt sind, sind anzusehen: die Regierung, der Sejm und Senat, die Armee, die Gerichte, Staatskontrolle, Territorial- und Wirtschaftselbstverwaltung.“ Der Präsident, wie ausdrücklich in der Verfassung betont wird, allen „Staatsorganen übergeordnet“, ist nach jeder Richtung hin sowohl für seine amtliche, wie außeramtliche Tätigkeit politisch, strafrechtlich, wie auch zivilrechtlich unverantwortlich. Im Artikel 2 der Verfassung heißt es, daß er einzig und allein „vor Gott und der Geschichte“ verantwortlich ist.

Sejm und Senat, als Träger der gesetzgebenden Macht, sowie das allgemeine Wahlrecht für den Sejm allerdings mit erhöhter Altersgrenze für die Wähler (24 Jahre statt 21), wurden zwar beibehalten. Allein das Parlament des allgemeinen Wahlrechts wurde unwiderruflich in den Hintergrund gedrängt und seiner politischen Bedeutung entkleidet. Der Schwerpunkt der parlamentarischen Macht wurde in den Senat verlegt, der in der neuen Verfassung als Staatsorgan bezeichnet wird, das „den Willen der an dem Aufbau des Gemeinguts am meisten beteilig-

Besuch Deutschlands verboten

KOWNO, 2. April. Der litauische Innenminister hat angeordnet, daß sämtlichen Beamten seines Ressorts in Kowno und in der Provinz der Besuch Deutschlands untersagt wird.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

In den schönen Pariser Parks beginnen jetzt im Frühling wieder die öffentlichen Konzerte. Am Ostermontagnachmittag war öffentliches Konzert im Garten der Tuileries.

Die Baumbüte bei Paris hat begonnen. Auf der Strecke nach St. Germain bemerkt man blühende Pfirsich- und Apfelbäume.

Beim großen Preis der Republik in Auteuil, den Kalley auf Jean Victor mit 24,50 für Sieg gewann, ein wenig von dem freilaufenden Bellone II behindert, gab es die große elegante Modenschau, in Anwesenheit von Präsidenten der Republik und von Madame Lebrun. Der neue Pariser Polizeipräsident Langeron nahm an dem Rennen teil. Am Ostermontag bei der Wiedereröffnung von Longchamps regnete es stellenweise, als Rothschilds Reine Isaura 17 Punkte und Rodosto 79,50 brachte.

Im französischen Radsport berührte es schmerzlich, daß dem Franzosen Roger Lapébie der sichere Sieg in der 250-Kilometer-Fahrt Paris—Roubaix dadurch entzogen wurde, daß der stärkste Fahrer 8 Kilometer vor dem Ziel sein Rad gegen das eines Touristen tauschen mußte. So wurde der Belgier Gaston Rebry zum Sieger erklärt. Der in Paris sehr beliebte Elsässer Speicher enttäuschte diesmal seine Freunde ein wenig. In Paris bei der Abfahrt waren es 120 Teilnehmer, in Amiens noch 80, in Arras noch 50.

An der Riviera wurde die internationale elegante Welt, während der berühmte Große Preis von Monaco gefahren und von Guy Moll in 3, 31, 31² vor dem Monagassen Chiron gewonnen wurde, dadurch überrascht, daß die Trambahnen und Autobusse von Nice streikten. Dieser Streik, der angesichts des großen Festes der französischen Provinzen begann, hat seine Ursache darin, daß die Verkehrsgesellschaft die Einstellung einer Reihe von Hilfsschaffnern verweigerte, die schon seit Monaten Dienst tun.

Die Stadt Paris war vor die Aufgabe gestellt, etwas Erde zur Anpflanzung eines Baums der lateinischen Rasse nach Südamerika zu schicken. Nach einiger Ueberlegung wurde diese Erde nicht von der Ile de France oder den Champs Elysées, sondern vom Platz der Bastille genommen, aus dem wahren Herzen von Frankreich.

Tod des Legionärs Schwartz

Aus K o l m a r wird gemeldet, daß der bekannte Fremdenlegionär Schwartz in Sainte-Marie-aux-Mines gestorben ist. Schwartz hatte vor dem Kriege fünf Jahre lang in der Fremdenlegion gedient, dann besuchte er seine alten Eltern im Elsaß, wurde aber von der kaiserlichen Polizei ergriffen und in Rastatt ins deutsche Heer gesteckt. Der deutsche Kompaniechef beantragte damals, daß Schwartz die Madagascar- und Tonkin-Medaille, die er in der Fremdenlegion erworben hatte, tragen dürfte, und Wilhelm II. genehmigte diese Bitte, so daß Schwartz als eine Abnormität, nämlich als elsässischer Soldat mit deutscher Uniform und französischen Auszeichnungen herumließ.

Drei von der Unterwelt

Die Verhaftung einiger hundertprozentiger Gangsters in der Prince-Affäre wird von der Pariser Presse als Theatercoup aufgenommen. Die Galgenvisagier dieser Herren, die nach einem Verhör dritten Grades, Dauer 24 Stunden, von der Sureté verhaftet worden, werden mit viel Neugier von den Pariser betrachten.

Der seltsame *Baron de Lassay*, Buchmacher, „Drogen“-spezialist, Frolics-Zutreiber, das ist in der Tat eine wunderbare Pflanze unter dem Etoile, in dessen Nähe er seit geraumer Zeit sehr gentlemanmäßig in einem großen Hotel wohnt. Sein Wagen ist beschlagnahmt und wird également bestaunt. Auch „*Ventura*“, der mit „dem Baron“ zusammen hochging, ist eine große Marke. Er ist ein Korse und wird als Mädchen- und Kokshändler der „berühmteste Mann von Marseille“ genannt. In Marseille verhaftete man mittlerweile Spirito, den „*grand Lidro*“. Man sucht also die Täter jetzt in Unterwelt, statt in anderen sozusagen mehr weltanschaulich interessierten Kreisen. Wollen sehen, ob die Spur die richtige ist.

Bonnaures Heimkehr nach Paris

Die Heimkehr Bonnaures, des Stavisky-Freundes, Budapest-Reisenden und Abgeordneten des 3. Pariser Bezirks, war in Paris durch die Zeitungen bekannt geworden und hat erheblich die Gemüter bewegt. Bonnaure gehört nämlich zu den Leuten, an denen der „Mann auf der Straße“ gerne sein Mütchen kühlen will. Indessen kommt es kaum dazu, ein ganz erheblicher Ordnungsdienst ist eingesetzt, und die Ankunft vollzog sich unter erheblichen Absperrungen, worauf Bonnaure zu den anderen Stavisky-Prominenten in die Santé gebracht wurde.

Hitler

liefert ein Marx-Bild an einen Franzosen aus

Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß die Hitler-Regierung vor einiger Zeit ein Marx-Bild an den französischen Abgeordneten Longuet ausgeliefert hat. Und das ging so zu:

Der Abgeordnete Longuet, Pariser Abgeordneter und zweiter Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses der Kammer, ist bekanntlich der Enkelsohn von Karl Marx. Beunruhigt wegen des Schicksals des Karl-Marx-Hauses in Trier und besonders wegen einiger Bilder der Familie von Westfalen hatte er sich durch Vermittlung des Kammerpräsidenten und der Botschaft an das deutsche Kanzleramt gewandt. Hitler gab darauf die Auskunft, das Geburtshaus von Marx sei unbeschädigt. Zugleich schickte die Hitler-Regierung ein Bild von *Jenny von Westfalen*, der Gemahlin von Karl Marx, an deren Enkel im französischen Parlament.

Das Bild hängt jetzt im Pariser Büro des Abgeordneten, in der avenue Victoria, in der Nähe des Pariser Rathauses. Es ist ein Brustbild einer schönen etwa dreißigjährigen Frau im grünen ausgeschnittenen Kleide mit Puffen, auf dem ganz schwarzen geschichteten Haar erhebt sich ein Chignon.

Diese diplomatische Marx-Intervention gegen Hitler ist nicht ohne Reiz. Baptist.

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
Innere Medizin, Augen, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kitzungen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blau, Horn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie
Zweistöckige Spezialambulanzgebäude, Vierstöckiges Gebäudefür kleine, mittlere und große Chirurgen, Die allermodernste Einrichtung umfasst 2 Operationssäle

c) Geburtshilfliche Klinik
Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen

d) Zahnärztliches Kabinett
Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellankronen, -Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Esperanto-Tagung in Paris

An den beiden Ostertagen fand in Paris im Palais de la Mutualité der 14. Kongreß der Arbeiter-Esperantisten statt, auf dem ausschließlich Esperanto gesprochen wurde.

Musik-Schau

Das diesjährige Fest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik findet vom 2. bis 7. April in Florenz statt. Im Gegensatz zu früheren Festen sind dieses Mal in der Hauptsache Kompositionen bereits anerkannter moderner Musiker in das Programm aufgenommen worden. Besonders dürfte interessieren, daß auch einige Fragmente aus Alban Bergs „*Wozzeck*“ aufgeführt werden. Diese Oper wird bekanntlich seit einem Jahre an keinem deutschen Theater mehr gegeben.

BRIEFKASTEN

Dr. Schorn. Sie schreiben in einem Zeitungsbeitrag der „*Vandzeitung*“ in Saarbrücken: „Je weniger inneres Gewicht ein Mensch mit sich trägt, je leichter er innerlich wiegt, um so hemmungsfreier vermag er nach draußen ins Freie hinaus zu blicken. Und so sind wir denn dahin gekommen, daß alle Rang- und Wertordnungen verkehrt wurde; daß, was zu fliegen berufen wäre, am Boden festsitzen muß, und was dem Geleitz der Schwere, der Tiefe verhaftet ist, zu schweben und „auf der Menschheit Höhe“ zu wandeln scheint.“ — Sie haben die Rangordnung des „*dritten Reiches*“ wohl begriffen!

Die „*Saarbrücker Zeitung*“ widmet, vielleicht aus schlechtem Gewissen, einen langen Abschnitt ihrer im ganzen ein wenig resignierten Oberaufsätze den deutschen Emigranten im Saargebiet, die sie mit dem Schicksal früherer Emigrationen vergleicht, freilich ohne die richtigen historischen Folgerungen zu ziehen. Der Verfasser hätte sonst anführen müssen, wie oft, beinahe mit Regelmäßigkeit, die Emigranten als Sieger zurückkehrten. In dem Aufsatz wird das kein Vaterland suchende Wort eines französischen Emigranten zitiert und dazu gesagt: „Das ist 1852, nach dem Staatsstreich Napoleons III. geschrieben, es ist das Schema dessen, was uns gerade hier im Saargebiet aus Emigrantenblättern sehr bekannt ist. So wenig unterscheidet sich die deutsche Emigration von ihren Vorgängern!“

1852! Achtzehn Jahre später führte der französische Identifizierer mit seinem Kronprinzen Talu lust bei Saarbrücken dem betrogenen französischen Volke seinen letzten „*Sieg*“ vor, schickte die letzten schwindelhaften Siegesmeldungen in die Welt, erzielte vier Wochen später sein Sedan, und in Paris triumphierte die Republik. Wir hoffen, es ohne Sedan zu schaffen. Das geschichtliche Tempo ist viel rascher als vor achtzig Jahren. Wille und Glaube der Emigranten, ihr Vaterland von gefährlichen Abenteurern zu befreien, ist derselbe. „So wenig unterscheidet sich die deutsche Emigration von ihren Vorgängern.“

H. V. Poulton. Ueberläuferium auch von ehemals führenden Freunden darf man nie zu tragisch nehmen. Trocki hat in seiner berühmten Autobiographie als Emigrant über Defektoren in Rußland geschrieben: „Einige von ihnen werden schwankend, treten zurück, beugen sich vor dem Gegner. Die einen, weil sie moralisch verbrannt sind; die anderen, weil sie selbständig keinen Ausweg aus dem Labyrinth der Verhältnisse finden können; die dritten unter dem Trud materieller Repressalien. Ich habe bereits zweimal eine solche Massenflucht erlebt: nach dem Aufbruch der Revolution von 1905 und zu Beginn des Weltkrieges. Ich kenne also aus der Lebenserfahrung solche Fluten und Ebden nur zu gut. Sie unterliegen einer Gesetzmäßigkeit. Durch nachte Umgebungen kann man ihren Wechsel nicht beschleunigen. Ich bin nicht gewohnt, historische Perspektiven unter dem Gesichtswinkel des persönlichen Schicksals zu betrachten. Die Gesetzmäßigkeit der Ereignisse zu erkennen und in

dieser Gesetzmäßigkeit seinen Platz finden, ist die erste Pflicht des Revolutionärs. Das ist auch die höchste persönliche Befriedigung, die ein Mensch finden kann, der seine Aufgaben nicht an den Tag bindet.“ Uns scheinen diese klassischen Gedanken und Formulierungen eines großen Revolutionärs alles zu enthalten, was zu den jetzigen und den für die Zukunft noch zu erwartenden „*Hüllen*“ gelagt werden kann.

„*Braunhemd*“. — Sie irren: die Erfindung des „*politischen*“ Hemdes ist weder das Verdienst Adolf Hitlers noch seines Propagandaministers Goebbels. Wie alles in der braunen Bewegung, ist auch diese Idee geköhnt. Der erste, der das Hemd als Bekleidung für politische Zwecke einführte, war Garibaldi, der vor fast 100 Jahren in Italien die „*Brigade der Rothemden*“ gründete. — Die Meldung aus Berlin, daß Göring beabsichtigt, außer dem Braunhemd auch noch ein „*Oberbraunhemd*“ einzuführen, ist bisher nicht bestätigt worden.

M. W., Barcelona. Brief mit Weidinhalt erhalten. Danke.

Deutsche Lehrerin in Urlaub. Ihre Mitteilung, daß wohl die Hitleruniform, nicht aber Abzeichen konfessioneller Vereine in den Schulen getragen werden dürfen, ist recht bemerkenswert. Die Lehrpersonen fürchten sich, wie Sie und schreiben, vor Denunziationen durch ihre Schüler. Da werden ja schöne Früchtchen erzoget werden.

M. J. Heber das sogenannte Landjahr der Schulklassen hat die Reichsanhalt für Arbeitsvermittlung Richtlinien ausgearbeitet, in denen über den Zweck der neuen Einrichtung folgendes gesagt wird: „Es werden im wesentlichen die Kinder aus den Großstädten und industriereichen Bezirken in das Landjahr kommen, darunter namentlich solche Kinder, die nachweisbar in der Verlogenheit einseitig marxistisch beeinflusst worden sind, wie das insbesondere in den weltlichen Schulen geschah. Hier könnte das Landjahr eine nationale Erziehung nachhelfen.“ — Wenn man sich nur nicht täuscht!

Colonienfö. Sie behaupten, daß Mittel aus Industriekassen in die monarchistischen Organisationen fließen. Im Vordergrund steht dabei Otto Wolff, der von den Nationalsozialisten besonders der oppositionellen Einstellung bezichtigt wird. Dies entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, da Otto Wolff zu Vapens Zeiten für Schleicher, zu Schleichers Zeiten für die NSDAP, eintrat und bereits die persöhnlichen Lager subventioniert hat. Otto Wolff muß sich jetzt einen nationalsozialistischen Kommissar gefallen lassen, der sogar kürzlich nach Holland fuhr, um sich dort Einblick in die Bücher der holländischen, mit dem Wolff-Konzern in Verbindung stehenden Unternehmungen zu verschaffen, doch mußte er unverrichteter Sache wieder abziehen.

Otto Wolff ist ein vielseitig gebildeter Herr. Er kennt wohl auch das Wort Zimmermanns: „Die Kühnung ist des Herzens Licht.“

Kaufmann in Prag. Ihrem Brief entnehmen wir: „Bei einem Stand der Prager Waise werden die alten Hüte berühmter Männer gezeigt, darunter die Hüte von Graf, Kersch, Kolárik, Studentenmützen aus dem Jahre 1848, die Uniform des ermordeten österreichischen Thronfolgers usw.“ — Könnte man nicht einen ähnlichen Stand auf der Leipziger Waise einrichten? Die Kleidungsstücke der von den Bolschewiken des „*dritten Reiches*“ gefälligen Staatsmänner und Gelehrten? Von Kurt Eisner bis Theodor Veiting? Mit Weidensprüchen von Goebbels und Hitler. Das würde vielleicht der Leipziger Waise wieder helfen!

M. R. Wexler. Sie haben richtig gehört. Die Nazis fügen die aus dem Russischen kommende Revolutionsmelodie „*Brüder, zur Sonne, zur Freiheit*“...“. Der unterhöbent Text beginnt: „*Brüder in Beiden und Gruben, Brüder hinter dem Pflug*.“ Die Wände stiebt eben alles, buchstäblich nach Roten! Gewerkschaftslogen und Melodien! Nichts ist sicher. Auch das von einem Naziführer geschriebene, aus der sozialistischen Jugendbewegung hervorgegangene Lied „*Wenn wir schreiten Seit an Seite*...“ haben die Nazis „*übernommen*“. Zu eigenem Gedächtnis lang es eben nicht.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pflü in Dudenweller; für Interate: Otto Kub in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkshimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen
Nase, Hals, Ohren
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr. Sonntags vormittags
Metro: Reaumur, St. Denis

Docteur Spécialiste

DEUTSCHSPRECHEND
Mönchener u. Pariser Fakultät
17, rue Reaumur
Métro Arts-et-Métiers od. République
Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche, Neueste Heilverfahren, Elektrizität.
Harn-, Samen- und Blutanalysen.
Mässige Bedingungen. (Auch für Kassenversicherte.)
Täglich von 9-1 und 4-8,30 Uhr. Sonntags und Feiertage von 9 bis 1 u. zur Rend. v. Tel. Arch. 54-27

Spanien

Rechtsangelegenheiten jeder Art, Niederlassungs-Bewilligung, Gründung von Gesellschaften, Wirtschaftliche Beratung, Nachweis von Existenz- und Fabrikat, Möglichk. usw. durch spanische und deutschen Anwalt
Einbürgerungen (kurzfristig)
Anfragen mit Postschein an:
Despacho Juridico Internacional
Plaza Nació, 11, BARCELONA

LEHM kauf achblein JUWELEN

Diamanten — Perlen — Silber — Gold
VERKAUF:
Paris — 45, rue Lafayette — Expertise

SEROKLINIK VON PARIS

71, Boulevard de Clichy - Metro Blanche
Harnsteine, chronischer und tripper, Miltzgröße, Cystitis, Prostata, FRAUENLEIDEN
Starkkrankheiten, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfkrankheiten, Ausschlag, Psoriasis. — Neue Behandlungsmethode auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen, Serotherapie und Auto-Hemo-Therapie — Mässige Honorar. Konsultationen von 9-12 und 14-20 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr.

Deutsches Zahnärztliches Institut

12, RUE DE DOUAI - Métro: Blanche, Pigalle - Tel. Trinité 36-27 - Sprechstunden: 9-12, 14-18 Uhr
Zahn- u. Mundkrankh., Kitzungen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan
NEUEIT: PORZELLAN-KRONEN UND BRÜCKEN
Umarbeitung schlechtzuständiger Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 5 Stunden
SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE
MÄSSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Drs. G. und M. Spitzer

3 avenue de la République, Paris. Métro République, Tel. Oberkampf 36-23.
Sprechstunden: 1-3 und 6-8 Uhr
Haut-, Geschlechts-, Harn- und Kinderkrankheiten
Epilepsie, Diabermie

Dr. Kardos

11, rue de Douai, Métro: Pigalle, Tel. Pig. 60-14
Innere und Geschlechts-Krankheiten
Röntgen-Diathermie, Quarz
Ord.: täglich von 2 bis 4 und 7 bis 8
Sonntags von 10 bis 12

Feinste jüdische Selchwaten und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris

58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-62
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

Steuerfragen Gesellschaftsgründungen

Wenden Sie sich an
F. BRIQUEU
LICENCE EN DROIT
ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden, um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.
25, Bd. Bonne-Nouvelle, PARIS (2), Telefon Louvre 22-93

BRILLANTEN . GOLD SILBERWAREN . UHREN

Einkauf und Auslösung von Verstrizant
BRILLANTEN . GOLD SILBERWAREN . UHREN
tägliche Gelegenheits-Verkäufe
BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE
MAN SPRICHT DEUTSCH